

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 75.

Freitag, 28. Juni.

1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichen Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 1 Mark 60 Pf. pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Ungarn, Belgien und Luxemburg bei wöchentlich dreimaliger Zustellung 3 Mark pr. Quartal;

bei wöchentlich einmaliger Zustellung 2 Mark 30 Pf.;

für die Schweiz, Serbien, Dänemark, Skandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika bei wöchentlich dreimaliger Zustellung 4 Mark, wöchentlich einmal 2 Mark 60 Pf.

Courverwendungen innerhalb des deutschen Postgebiets incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentlich dreimal 10 Mark pr. Quartal, wöchentlich einmal 4 Mark 80 Pf. pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzuzahlen.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts“ unter Nr. 4132, Seite 110.

Wir fordern unsere Parteigenossen und Freunde auf, für zahlreiche neue Abonnements Sorge zu tragen. Die Zeiten sind ernst und schwer, sie fordern zur treuesten und energichsten Pflichterfüllung gebieterisch auf.

Leipzig, Expedition des „Vorwärts“,
Färberstraße 12. II.

An die Arbeiter! Angesichts der niedern Bedrohungen der Arbeitgeber, angesichts der Maßregeln, welche den Arbeitern ihre Ueberzeugung rauben sollen, ersuchen wir unsere Gesinnungsgenossen nochmals, Alles zu versprechen, ja selbst auf Ehrenwort zu versprechen und zu unterschreiben, was die Machthaber von ihnen fordern. Wie ein durch die Folter erzwungener Eid nichtig war und von jedem ehrenhaften Priester gelöst worden ist, so ist ein durch die Hungerfolter ausgepresstes Ehrenwort gleichfalls null und nichtig — deshalb Arbeiter gebt Euer Ehrenwort, gebt Eure Unterschrift ab, um das Ehrenwort zu brechen, um die Unterschrift zu verlängern. Eure Bedränger wollen keine ehrlichen offenen Arbeiter haben, heuchelt ihnen deshalb in's Gesicht hinein und bleibt doch Eurer Klasse, bleibt der sozialdemokratischen Fahne getreu. Leistet Eure Unterstützung heimlich, da Ihr es nicht öffentlich dürft. Eure Verfolger haben Euch in die Acht erklärt, Eure Antwort ertheilt am 30. Juli bei den Reichstagswahlen.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provozieren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.

Die Zeit Deutschlands größter Schmach und Erniedrigung.

Gewiß ist es die Zeit, als der todte Korje mit den Kronen der deutschen Fürsten Fangball spielte, von der man uns hier erzählen will, so wird Mancher fragen. Nein, jene Zeit war für Deutschland allerdings eine schmachvolle, aber das Volk machte bald darauf wieder gut, was die Fürsten gesündigt.

Dann ist es sicher aber die Zeit, in welcher dem Volke anstatt der versprochenen Freiheit die Kette gereicht wurde zum Lohn seiner Heldenthaten in den Jahren 1813, 14 und 15? Auch jene Zeit, so finstern sie war, als man die freiheitsliebende Audirende Jugend in den Kerker schmachten ließ, als die „Schmalzgeißeln“ ihr Unwesen trieben, ist doch nicht die schlimmste für unser Vaterland gewesen, weil wenigstens die Wissenschaft ihre Flügel entfalten konnte und unbeachtet von den Machthabern Einlaß fand in den Häusern des deutschen Bürgertums.

Dann aber waren es die Zeiten Kantens, die Zeiten der politischen und kirchlichen Reaktion nach dem „tolen Jahre“? Auch die sind noch nicht die Zeit der größten Erniedrigung gewesen. Wohl wurden durch falsche Denunziationen widerwärtige

Prozesse angestrengt, doch endeten dieselben vielfach mit Freisprechung, da Richter und Geschworene oft genug dieselbe politische Anschauung hatten, wie die Angeklagten.

Dann ist aber wohl die böse Konfliktzeit in Preußen, wo man sich leicht über Verfassung und Volksrecht hinwegsetzte, wo Beamte ihrer politischen Meinung halber verhaftet oder entlassen worden sind, die schmachvollste Zeit in Deutschland gewesen? Gewiß nicht! Das deutsche Bürgertum, das deutsche Volk stellte sich auf Seite der Verfolgten und Gemäßigten, auf Seite der Verfassung und des Rechts. Wurde irgend Jemand seiner politischen Ansicht halber, wenn sie sich gegen die herrschende Gewalt richtete, von dieser irgendwie bedroht, so schlossen alle Gebildeten fest die Reihen und riefen der Macht ein Halt! zu, da nur eine Meinung darüber herrschte, daß es unehrenhaft sei, Jemanden seiner politischen Ueberzeugung halber zu haßen oder gar zu maßregeln.

Das waren Zeiten des Glanzes für das „liberale“ deutsche Bürgertum; es stand auf dem Rechtsboden, und wenn das Bürgertum später auch der Macht und den „Erfolgen“ derselben erlag, so war es nicht die Zeit des Konflikts, sondern die Zeit der „Erfolge“, deren das deutsche Volk sich zu schämen hat.

Und seit dieser Zeit, seitdem man den Götzen der Macht anbetet, ist Deutschlands Schmach und Erniedrigung angebrochen. Die Gründerzeit und der „Kulturkampf“ legen davon Zeugnis ab; die Bismarckbeleidigungsklagen und die ungeheure Zahl politischer Prozesse, an denen das deutsche, durch die Machtanbetung corrumptierte Bürgertum gleichgültig vorüberging, beglaubigen das Zeugnis.

Und jetzt erst! Deutschland ist auf dem Gipfel seiner Schmach und Erniedrigung angekommen. Der Denunziant wird geehrt und belobt, der Ueberzeugungstreue Mann wird geächtet. Der fleißige Arbeiter, der nichts verbrochen hat, als eine eigene Meinung zu haben, wird dieser eigenen Meinung beraubt oder mißsammt seiner Familie den Hungerqualen überantwortet.

Der Polizist ist der erste und geachtetste Mann im Staate, nicht weil er die Gesetze schützt, sondern weil er Ueberzeugungstreue Menschen verhindert, ihrer Ueberzeugung öffentliches, gesellschaftliches Ausdruck zu geben, weil unter seinem Schutze das deutsche Bürgertum allerlei Brutalitäten an den Geschädigten verüben darf. Das Schimpfwort und der Knäuel ist an Stelle des Beweises getreten; das Rechtsbewußtsein ist dem deutschen Volke vollständig abhanden gekommen und hat der Machtanbetung Platz gemacht.

Regierung und Polizei, Beamtenthum und Bürgertum wetzeln miteinander, Staatsbürger, welche andere politische Anschauungen haben, zu verfolgen, sie politisch und bürgerlich zu vernichten.

Während das liberale Bürgertum in den Jahren 1861—63 Feter und Morbio rief, wenn die Regierung einen Beamten seiner politischen Ueberzeugung halber maßregelte, klatscht es jetzt Beifall, wenn Tausende von Arbeitern von Mitgliedern des „liberalen“ Bürgertums lediglich ihrer politischen Ueberzeugung halber aus der Arbeit gejagt werden. Während das „liberale“ Bürgertum sonst jeden politischen Prozeß verabscheute, jubelt es, wenn Arbeiter und Sozialdemokraten, lediglich weil sie etwas scharf ihrer politischen Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben, zu jahrelangem Gefängnis verurteilt werden.

Das Gräueltum hat unsern wirtschaftlichen Wohlstand vernichtet, die Rechtspolitik und die russischen Sympathien haben Deutschland der Sympathien der Kulturvölker beraubt, die Freiheit und Niedertracht des deutschen Bürgertums, das Polizei- und Denunziantenwesen, die Verfolgung aller redlichen politischen Männer aber haben unser Vaterland im Innern corrumpt.

Und dasjenige Element, welches jetzt niedergedrückt werden soll, das arbeitende Volk allein vermag es, der Corruption Einhalt zu gebieten. Es wird Einhalt gebieten durch seinen Ruf am 30. Juli, der, wenn auch noch nicht laut, doch den Kundigen vernehmbar, die neue Zeit anzeigt, welche Deutschland erlösen wird aus der heutigen Zeit,

aus der Zeit größter Schmach und Erniedrigung.

Sonne steh' still zu Gibeon!

So hieß das stolze Wort, mit welchem päpstliche Herrschaft der Aufklärung einen Damm entgegenzusetzen wollte. Fast ein Jahrtausend hindurch wurde dieser Ruf den Errungenheiten der Wissenschaft entgegengebrannt. Ein Jahrtausend hindurch gelang es Mönchen und deren Herrschaft die Aufklärung zurückzuhalten. Länger wie ein Jahrtausend aber lag die Menschheit in Banden, welche den Geist in Finsterniß hielten, welche jedwede wissenschaftliche Forschung durch ein brutales Nachtwort unterdrückten, welche „Denken“ als ein todeswürdiges Verbrechen ahndeten.

Und doch brach sich die Erkenntniß Bahn. Der Kampf war lang und schwer. Von dem Erscheinen jenes die Welt erschütternden Werkes eines Kopernikus: „De orbium coelestium revolutionibus“ bis zum Auftreten eines Newton, seit dem stolzen Ausruf: „E par si muove“ eines Galilei bis zum Auftreten eines Darwin, ist eine Zeit des Kampfes gegen Mönchtum und dessen Regiment, ist ein Kampf, den die Menschheit noch jetzt führt gegen päpstliche Indulgenz und Priesterherrschaft. Es ist ein Kampf, welcher der freien wissenschaftlichen Erkenntniß Bahn bricht gegen Verdummung und Aberglauben.

Ist unser Kampf vielleicht ein anderer? Ist unser Kampf vielleicht verschieden von dem, den die Geschichte aufgezeichnet hat? Dort streiten die Errungenheiten der Wissenschaft gegen

die Vortheile einer Kaste, hier werden die Vortheile Weniger zum Besten vieler, ja der Gesamtheit beschützt!

Streiten nicht hier und dort Erkenntniß der Wissenschaft gegen Vorurtheile und Selbstsucht? Wird nicht unser wie jener Kampf Jahrhunderte hindurch geführt? Kämpfen wir denn für Utopien, daß man glaubt, uns durch „Maßregeln“ unterdrücken zu können? Glaubte man nur mit einzelnen Personen zu thun zu haben? Man mag unseren „Führern“ die Hände binden, man wird dadurch nichts erreichen, als Hunderte bereit und fähig zu sehen, in die Läden einzutreten, man wird hierdurch veranlassen, daß Tausende hervortreten, das Banner zu schirmen, welchem sie schon lange in der Stille folgten.

Glaubt man eine weltgeschichtliche Idee, eine Gährung, die durch Jahrhunderte bedingt ist, mit wenigen Trägern derselben, in Fesseln zu schlagen? Sind denn in dem Lande der Denker die Regierenden, die Tonangebenden so wenig Denker, um einsehen zu können, daß hier nicht eine Revolution der Geister gemacht, sondern nur genährt wird?

Lassalle sagt: „Eine Revolution machen wollen ist die Thorheit unreifer Menschen, die von der Geschichte keine Ahnung haben.“

Wird man sich ein, eine Bewegung zurückdämmen zu können, die in Fluß ist? Nimmermehr, die gute Sache muß siegen, und wird auch siegen! Wir müssen eingedenk bleiben, daß kein Sieg ohne Kampf gewonnen wird. Wir werden aber diesen Kampf nicht bestehen können, wenn wir ihn als Einzelne, Jeder für sich, Jeder allein führen wollten. Die Sonderinteressen, die Interessen des Einzelnen haben zurückzutreten, wir müssen dadurch für uns wirken, indem wir der Gesamtheit unsere Kräfte leihen.

Lassalle vergleicht unseren Kampf mit dem heutigen Aufgehen der Sonne: „Ein Purpurfaun färbt roth und blutig den äußersten Horizont, das neue Licht verklärend, Nebel und Wolken rasen sich auf, ballen sich zusammen und werfen sich dem Morgenroth entgegen, seine Strahlen momentan verhängend, — aber keine Macht der Erde vermag das langsame und majestätische Aufsteigen der Sonne selbst zu hindern, die eine Stunde später, aller Welt sichtbar, hell leuchtend und erwarmernd am Firmamente steht.“

Und Lassalle fährt fort: „Was eine Stunde ist in dem Naturschauspiel eines jeden Tages, das sind ein oder zwei Jahrzehnte in dem noch weit imposanteren Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs.“

Mögen alle Feinde auf uns vereint einstürmen, wir sind eingedenk des Wortes, welches ein Schildspruch geworden ist für Alle, die rückhaltlos streiten im Kampfe gegen die Machthaber, für Erkenntniß und Licht, eingedenk des Ausrufs Galilei's:

„Und sie bewegt sich doch!“

Justus S.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Also doch. Was wir von Anfang an behauptet, wird jetzt von dem Leiborgan des Fürsten Bismarck, der „Post“, ausdrücklich zugestanden, nämlich daß Robiling irrthümlich ist. Die „Post“ schreibt unterm 23. Juni: „Das Befinden des Reichsministers Robiling hat sich in den letzten Tagen wesentlich gebessert. Robiling richtet sich bereits im Bette auf, ist mit Appetit und giebt theilweise Antworten auf an ihn gerichtete Fragen. Auf die Frage eines der behandelnden Aerzte, ob es besser mit ihm ginge und er sich wohlher fühle, antwortete er am Sonnabend: „Etwas!“ Bei allen Antworten, die Robiling aber giebt, umspielt ein eigenthümliches Lächeln seine Lippen, das auf Geistesstörung schließen läßt. Man glaubt, daß das Austreten des Gehirns aus der Wunde die geistigen Kräfte Robiling's geschwächt habe.“

Sie brauchen nicht „geschwächt“ zu werden; — als das Attentat verübt wurde, war Robiling schon wahnsinnig.

Jetzt, wo die „Post“ wohl oder übel in Bezug auf Robiling der Wahrheit die Ehre geben muß, möchten wir das Leiborgan des Fürsten Bismarck auch fragen, ob es nun auch in Bezug auf die Sozialdemokratie der Wahrheit die Ehre geben, und die auf Grund als unrichtig anerkannter Voraussetzungen, die gegen unsere Partei erhobenen grundlosen Anklagen widerrufen will? Für die That eines Irren können keine Partei verantwortlich gemacht werden — das ist doch so klar, daß es keiner Auseinandersetzung bedarf.

Wir sind begierig, wie die „Post“ und überhaupt alle Blätter, die sich an der „Sozialistenhaft“ betheiligen haben, aus der Affaire sich ziehen werden.

— Als Antwort auf den Marx'schen Brief hat Herr Lothar Bucher folgende (schon erwähnte) Erklärung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht:

„Erst heute kommt mir das englische Original des Schreibens zu Händen, welches von dem Dr. Karl Marx in London an die „Daily News“ gerichtet und in Uebersetzung von fortschrittlichen und national-liberalen Blättern verbreitet worden ist. Jemand, ich glaube ein Italiener, hat gesagt, man könne in drei Zeilen so viel Schiefes zusammenbringen, daß 3000 Zeilen dazu erforderlich seien, es geradezu erklären. Etwas wie solche 3000 Zeilen zu schreiben, dazu fehlt es mir einzuweilen an Zeit und an einem triftigen Anlaß; aber zwei Verichtigungen und eine Ergänzung zu dem Briefe des Dr. Marx lassen sich in Kürze machen. Herr Marx behauptet, ich hätte ihn, natürlich mit Zustimmung des damaligen Ministerpräsidenten, jetzigen Reichsfinanzlers, aufgefordert, die Redaktion der „Börse“ abzugeben, des „Preussischen Staatsanzeigers“ zu übernehmen. Folgendes ist die Wahrheit. Im Jahre 1865 bat der Redakteur des „Staatsanzeigers“ mich, ihm Jemand in London nachzuweisen, der von Zeit zu Zeit eine

fachverständige Besprechung des dortigen Geldmarktes liefern könne. Ich erinnere mich, daß der im vorigen Jahre verstorbene Bankier Serstenberg in London mir unter anderem erzählt hatte, Herr Marx habe für ein Wiener „Bourgeoisblatt“ correspondirt. Der Name des Blattes ist mir entfallen, vielleicht kennt ihn Jemand in Wien. Ich fragte daher Herrn Marx, ob er die gewünschten Artikel liefern wolle, in denen es auf eine objektive Behandlung ankäme. Von des Herrn Marx „eigenem wissenschaftlichen Standpunkte“ steht nichts in meinem Briefe. Nachdem längere Zeit vergangen war, antwortete mir Herr Marx, er schreibe nicht für ein reaktionäres Blatt. Niemand, nicht einmal der Redakteur des „Staatsanzeigers“, hat von dieser Correspondenz gewußt oder erfahren. — Das in Genf erscheinende Journal der Internationalen, „Der Vorbote“, habe ich mit mehreren ähnlichen jahrelang gehalten, wie ich auch ultramontane halte, und den Preis an die in dem Blatte bezeichnete Adresse eingesandt. Dies sind meine Beiträge, von denen Herr Marx mit einem doppelstimmigen Ausdrucke spricht. — Endlich eine Ergänzung. Herr Marx sagt, Lassalle habe mir ein jährliches Einkommen vermacht, indem er mir das Verlagsrecht seiner Werke überlassen. Es ist richtig, daß Lassalle in seinem Testament, dessen Inhalt 1864 von vielen Zeitungen veröffentlicht wurde, mir das literarische Eigentum an seinen Schriften vermacht hat; aber seine freundliche Absicht, mir dadurch eine Einnahme zuzuwenden, hat sich nicht erfüllt. Noch im Laufe desselben Jahres entsagte ich in einem an den damaligen Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gerichteten Schreiben den mir aus dem Testament zustehenden Rechten in Betreff der agitatorischen Schriften Lassalle's. Seinen „Herofit“ und sein „System der erworbenen Rechte“ hatte er auf eigene Kosten drucken lassen und sich von den Verlegern Rechnungslegung über den Verkauf ausbedungen. Beide Verleger, der eine ein Fortschrittsmann, der andere nationalliberal, können mir bezeugen, daß sie mir bis jetzt weder Rechnung gelegt, noch etwas gezahlt haben; freilich habe ich sie nie erinnert. Wie es mit dem Verlage von Lassalle's Drama „Gutten“ und seiner Gedächtnisrede auf Fichte steht, weiß ich nicht genau. Beide Schriften sind Zeugnisse seines deutschen Sinnes; beide haben keinen Abfah gefunden.

Berlin, 20. Juni. Bucher.

Daß diese „Berichtigung“ absolut Nichts berichtet, sondern thatsächlich Alles bestätigt, das sich ein jeder unserer Leser, ohne daß wir es ihm auseinanderzusetzen brauchen. Sogar die „Magdeburgerische Zeitung“ traktirt das Faktotum ihres „Beren“ mit vernichtendem Hohn. „Aus dem vorstehenden Briefe“, so schreibt sie, „ergibt sich also, daß Herr Geheimrath Legationsrath Bucher in der That dem Obersten der Sozialdemokraten in jener Zeit eine Correspondentenstelle am königlich preussischen „Staatsanzeiger“, welche einer Art staatlicher Pensionsstellung oder Sinecure gleichgekommen wäre, angeboten hat. Es ist dies aber nach dem obigen Briefe nicht einmal in Evidenzstande mit dem Redakteur des „Staatsanzeigers“ geschähen. Wohl aber hat Herr Bucher stillschweigend vorausgesetzt, daß derselbe einverstanden sein würde. Der Redakteur eines amtlichen Blattes von solcher Bedeutung hätte indessen selbstverständlich ein so folgenreiches Engagement wie das des Londoner Communistenführers nicht auf eigene Verantwortung hin in Aussicht nehmen können; er hätte sich sagen müssen, daß er sonst, so wie dies zur Kenntniß der Staatsbehörde käme, kassirt werden würde. Der „Staatsanzeiger“ ist in dieser Hinsicht doch nicht irgend einem Wiener „Bourgeoisblatte“ gleichzustellen! Herr Bucher ist ein so geschreter Kopf! Wie kann er sich nur wundern, daß, wenn er, der der vertraute Begleiter Bismarck's ist, ein so ganz ungewöhnliches, hochpolitisches Anerbieten macht, der Communistenführer Marx notwendigen Weise annehmen mußte, es geschehe dies mit Bismarck nicht vorher fragen, ehe er bei Marx anpöckelt! Das war doch gar nicht sehr korrekt gehandelt!“

Wir haben nur wenig hinzuzufügen. Herr Bucher befreit nicht, daß er Mitglied der Internationalen Arbeiter-

assoziation gewesen; an Johann Philipp Becker hat er mehr bezahlt, als das bloße Abonnementgeld für den „Vorbote“ — Beweis: die Empfangsbekundigungen im „Vorbote“ —; Herr Bucher übergeht ganz die Thatsache, daß er bei Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ Geburtsheiferdienste geleistet hat. — Siehe Bucher's Brief an seinen Freund Lassalle d. d. 30. April 1863; Herr Bucher sagt kein Wort von der Jahresrente, die Lassalle ihm vermacht. Vielleicht klammert er sich hierbei an einen Uebersetzungsfehler der meisten deutschen Zeitungen, die den Marx'schen Brief gebracht — einen Fehler, der zu unserem Bedauern auch in des „Vorbote's“ Eingang gefunden hat. Nach dieser inkorrekten Uebersetzung hieß es im Briefe von Marx: Lassalle habe Bucher eine Jahresrente vermacht, indem er das Verlagsrecht seiner Schriften auf ihn übertrug. — Im Englischen heißt es hingegen: „the latter (Lassalle) named him his testamentary executor, bequeathed him an annual revenue and transferred the copyright of his works to Lothar Bucher.“ Genau übersetzt: Lassalle ernannte ihn zu seinem Testamentsvollstrecker, vermachte ihm eine Jahresrente und übertrug ihm das Verlagsrecht seiner Schriften. Die Jahresrente und das Eigentumsrecht an den Schriften ist also zweierlei. Freilich stimmt die Annahme, Herr Bucher habe sich an die fehlerhafte Uebersetzung gehalten, nicht mit Bucher's eigener Behauptung, daß er Marx's Brief in der „Daily News“, d. h. im englischen Original gelesen.

Die kleine Verwechslung „Gutten's“ mit „Franz von Sickingen“ wollen wir mit christlicher Nächstenliebe auf Rechnung der Gedächtnisschwäche setzen, die für Apostaten eine ebenso notwendige, als für Congregationalisten — unpassende Eigenschaft ist. Beiläufig ist auch ganz falsch, daß „Gutten“ und die Gedächtnisrede auf Fichte keinen Abfah gefunden hätten. Herr Legationsrath Bucher hat sich um das Schicksal dieser Schriften, deren Namen er, trotz ihres „deutschen Sinnes“, schändlich vergriffen hat, einfach nicht bekümmert.

Zum Schluß noch eine, durch Bucher's Brief veranlaßte Erklärung der Brockhaus'schen Buchhandlung:

„Lassalle's „System der erworbenen Rechte“ ist in meinem Verlage erschienen, nicht auf Kosten des Verfassers, sondern auf mein Risiko, unter Theilnahme desselben an weiteren Erträgen außer einem sofort gezahlten Honorar. Herr Geh. Legationsrath Bucher hat an eine Rechnungsablegung über dieses Werk nicht nur nie „erinnert“, sondern sich mir gegenüber auch nie als der literarische Erbe Lassalle's legitimirt. Wäre dies geschähen, so hätte derselbe selbstverständlich sofort die ihm dann gebührende „Rechnungsablegung“ erhalten, und diese wird erfolgen, sobald er jene geschäftliche Vorbedingung erfüllt.“

Leipzig, 22. Juni 1878. F. A. Brockhaus.

Herr Brockhaus ist der „nationalliberale“ Verleger, von welchem Bucher spricht. Der „Fortschritt“mann, der Lassalle'sche Schriften (und auch die Marx'sche: „Zur Kritik der Nationalökonomie“) verlegte, ist Herr Franz Duncker. Vor 15 Jahren hielten es Beide für eine Ehre, sozialistische Schriften zu verlegen. Heute plaidiren sie für Achtung des Sozialismus. In diesem Beispiele manifestirt sich so recht deutlich der geistige Rückgang, die „Rückentwicklung“ unserer deutschen Bourgeoisie.

Die „Haß auf den Liberalismus“ wird immer heftiger und lustiger. Zum Todlichen sind die verzweifeltsten Anstrengungen der Herren Nationalliberalen, die auf sie herabregenden Bismarck'schen Hiebe zu ignoriren und den Kerger und Schmerz durch lautes Gebrüll gegen die Sozialdemokratie zu verbergen. Und das faßelt von „Ruthlosigkeit“, „Kleinlauter Stimmung“ unserer Partei! Ruthlos, Kleinlaut — weil unsere Feinde sich unter einander abthun? So menschenfreundlich sind wir nicht. —

Blutsch. Jemand ein beliebiger Treitschke framt seine historische Ignoranz in einem Tendenzartikel, betitelt: „Unter der Herrschaft der Rothens“ aus, in welcher es u. A. heißt: „Die Gironde, jene Partei von Ideologen, welche von einer

Republik nach antikem Muster träumte im Lande Richelieu's, Ludwig's XIV. und Ludwig's XV., die Gironde hatte Ludwig XVI. auf's Schaffot geliefert, lediglich um der sozialen Republik Platz zu machen, welche sogleich nach dem Königmord eintrat, während sie von einer Republik der Advokaten und Philosophen geträumt hatten.“

Lieber Blutschreiber: sie hatten ganz richtig „geträumt“, denn die Republik Robespierre, die vom „Königmord“ an bis zum Thermidor bestand, war im wahren Sinne des Wortes eine „Republik der Advokaten und Philosophen“, während die „soziale Republik“, welche zu jener Zeit — vielleicht auf dem Mond — bestanden hat, bis dato noch von keinem Geschichtsforscher entdeckt worden ist.

Und das will den Sozialismus „geistig“, „wissenschaftlich“ bekämpfen! O heiliger Treitschke-Sparig!

Der Apostat, Zotenreißer und vierfache Gründer, von Unruh, hat die Stirn, in einem „Sendeschreiben“ über die politische Situation Folgendes auszusprechen:

„Es ist nicht zu bestreiten, daß bei den Wahlen zu den ersten Reichstagen die Regierung gegenüber den sozialdemokratischen Candidaten eine eigenthümliche, keineswegs feindliche Stellung einnahm, und daß bis zum ersten Aktentat die bestehenden Gesetze nicht mit Strenge gehandhabt worden sind; aber dadurch wird nach meiner Meinung die Nothwendigkeit nicht aufgehoben, die Regierung im Wege der Gesetzgebung die Vollmachten zu geben, deren sie zum wirksamen Kampfe gegen staats- und culturfeindliche Elemente bedarf, die, wie jetzt nicht bezweifelt werden kann, das Leben unseres allverehrten Kaisers und die Dynastie bedrohen. Wenn eine solche Bande dem Staat, seinem Oberhaupt und der Gesellschaft in der nichtswürdigen Weise thatsächlich den Krieg erklärt, so reichen die Waffen, welche das gemeine Recht gewährt, schwerlich aus, und einer allgemeinen Beschränkung der schwer errungenen Freiheiten ziehe ich ein Ausnahmegesetz gegen eine Partei vor, die systematisch den Staat und die Gesellschaft umzustürzen droht.“

Der Mensch, der diese unerhörte Gemeinheit zu Papier gebracht, hat allerdings Ursache, der Sozialdemokratie feind zu sein, die, zu maßgebendem politischem Einfluß gelangt, mit der „Bande“ der Apostaten, Gründer und Zotenreißer (und allem was drum und dran hängt) sehr kurzen, wenn auch ganz unblutigen (zur Beruhigung ängstlicher Gemüther sei das ausdrücklich erwähnt) Prozeß machen würde.

„Lasker ist völlig in Ungnade gefallen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, daß es der reine Hohn wäre, wenn für die Wiederwahl Lasker's die Behauptung aufgestellt würde, Lasker sei ein Candidat im Sinne Bismarck's. Bismarck stütze sich allerdings auf das Bürgerthum, aus welchem sich die nationalliberale Partei entwickelt habe, aber dieses Bürgerthum würde Männer wie Gneist und Treitschke wählen. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vergißt dabei, daß Gneist und Treitschke schon aus der nationalliberalen Partei so gut als ausgeschieden sind. — Wir aber trennen uns, daß Bismarck durch den Mund der „Norddeutschen“ offen eingestößt, daß er nur reaktionäre Elemente in den Reichstag haben will. — Ob Lasker nun dem Reichskanzler zu Liebe auch noch völlig reaktionär wird?“

Wir erhalten aus Mannheim folgende Zuschrift: „Unter den Unterzeichnern eines Leipziger Wahlauftrages gegen die Sozialisten, in welchem so salbungsvoll von der Freiheit des Einzelnen und von der Aufrechterhaltung des Rechtes geschwätzt wird, finden wir zu unserer großen Belustigung auch den Namen des Herrn Professor Binding. Bekanntlich wurde bei der Einweihungsfeyer der Straßburger Universität der greise Gründer des Germanischen Museums, Herr v. Aufsch, von zwei Professoren derart gräßlich durchgeprügelt, daß der alte Mann schwer erkrankte.“

Wir fragen nun den Leipziger Professor Herrn Binding:

Von allem Schlechten was da ist,
Was wühlt im Schlamm, was kraucht im Mist,
Voll Gift und Gall, voll Schmach und Schand:
Das Schlechteste ist der Denunciant.

— Zum Nothstande. Bei der kürzlich im Norddistrikte zu Berlin vorgenommenen Zuspung der zwölfjährigen und älteren Schuljugend machte sich bei der größten Mehrzahl der zur Zuspung erschienenen Mädchen eine recht auffallende Erscheinung geltend, die als ein Zeichen der noch immer andauernden trüben Verhältnisse zu betrachten sein dürfte. Es wurde nämlich der weitgrößte Theil dieser unspassigen Mädchen, alles sehr abgemagerte Gestalten, während der Zuspung ohnmächtig. Der betreffende Arzt, dem bei seiner großen Praxis in dieser Beziehung eine ähnliche Erscheinung noch nicht vorgekommen war, konnte die Ursache derselben nur auf die mangelhafte Verpflegung zurückführen, die nur mangelhaftes und schlechtes Blut erzeugte und hier die Ohnmachten unabweislich zur Folge habe. Die Thatsache, daß gegenwärtig viele dieser Kinder in Folge schlechter Ernährung körperlich und geistig hinfieken, dürfte ferner folgende von glaubwürdigen Leuten gemachte Beobachtung beweisen. Auf den Marktplätzen sammeln sich an den Markttagen eine Menge Kinder an, ganz besonders sieht man dies auf den Marktplätzen der nördlichen Stadtgegend, welche die von den Grünrambänderinnen weggeworfenen schlechten Blätter von Kohlrabi und anderen Kohlrarten aufsuchen, welche dann zu Hause zubereitet werden und die Mahlzeit ersetzen müssen. — Sind das nicht Zeichen eines Nothstandes, der zum Himmel schreit, eines Nothstandes, der gehoben werden, gründlich radikal, gehoben werden muß, soll nicht das ganze Volk verhungern, verkommen, versinken? Aber so lange man, statt auf die Vorschläge Derer zu hören, welche des Volkes Dasein auf die sichere Basis geregelter Arbeit stellen wollen, sie verleumdern, beschimpfen und verfolgen, kann die öffentliche Lage nicht verbessert werden, können solche traurige Erscheinungen, wie die oben erwähnten, nicht verschwinden.

— Unverschämte! In der „Germania“ lesen wir: „Bei Ausübung einer Hausjuchung in Kalau fanden wir es kaum glaublich, daß einer von den mit der Revision Betrauten selbst eine Person im Bette inspizirt habe. Ein Mitglied der Familie theilt uns nun mit, daß man sich in der That dieses Experiment an seiner achtzigjährigen Mutter erlaubt habe.“

— Gratulation! Düsseldorf dem deutschen Reiche wiedergewonnen! so telegraphirte bei den letzten Wahlen zum preussischen Landtag in Düsseldorf, bei welcher die 2 liberalen Candidaten mit 3 Stimmen Majorität gesetzt hatten, der „Katholiken Führer“ Advokat Anwalt Bähler an den Fürsten Bismarck. Die Wahlen wurden kassirt und bei der stattgehabten Wahlmännerwahl zur Neuwahl errangen die Ultramontanen den Sieg. Jetzt kann wieder an Bismarck telegraphirt werden: „Düsseldorf ist wieder dem deutschen Reiche verloren gegangen!“

Zum Denunciantenthum.

Die Drohungen mit Denunziationen wegen Majestätsbeleidigungen, um Geschäfte zu machen, mehren sich. Man schreibt nämlich der „National-Zeitung“:

„Ein seit 15 Jahren in Moabit ansässiger, sehr begüterter und seines Patriotismus, wie seiner Loyalität wegen bekannter und angesehener Bürger fuhr am Dienstag in Begleitung mehrerer, ihm unbekannter Herren auf der Pferdebahn nach Berlin. Die Herren unterhielten sich ruhig und unauffällig über das Aktentat und den Verbrecher Robiling, ohne daß sich der Moabit Herr an dem Gespräch beteiligte. Am Ronbignouplage angelangt, stieg er aus, ging in eine in der Nähe befindliche Restauration und bemerkte, wie ein anderer Fahrgast, der ebenfalls an jenem Gespräch mit theilgenommen hatte, ihm gefolgt war und sich gleich ihm ein Glas Bier bestellte. Kaum hatte der Moabit Herr Platz genommen, als sich der ihm völlig fremde, etwas reduziert aussehende, ganz glatt rasirte Mensch ihm gegenüber an denselben Tisch setzte und ihn fortwährend auf unverschämte Weise fixirte. Kegerlich hierüber fragte endlich der Moabit Herr den Fremden, ob er etwas von ihm wüßte. „Ich will wissen, wer Sie sind.“ — „Das kann Ihnen gleichgültig sein.“ — „Ich werde Ihren Namen doch erfahren, denn ich werde Sie wegen der von Ihnen im Pferdebahnwagen begangenen Majestäts-Beleidigungen denunziren.“ sagte nunmehr kühn der Fremde. Erschrocken wechselte der Moabit Herr die Farbe und konnte stotternd nur hervorbringen: „Aber, mein Gott, ich habe doch gar nicht...“ — „Seien Sie ruhig, es braucht hier Niemand zu wissen.“ fiel der Fremde ein, „ich will schweigen, aber geben Sie mir sofort 100 Mark, oder ich lasse Sie auf der Stelle verhaften und Sie wissen, was Ihnen dann bevorsteht!“ — Der so bedrohte Moabit Herr konnte sich anfänglich von seinem Schrecken gar nicht erholen; ihm fielen unwillkürlich die zahllosen Verhaftungen der letzten Tage ein, er erinnerte sich der Vorkommnisse blind geübter Nachjustiz, und nur ängstlich stammelnd, ein apophthetischer Anfall hatte ihm die Luft benommen, brachte er die Worte hervor: „Ich habe augenblicklich kaum so viel bei mir, ich weiß nicht...“ — „Nun gut“, unterbrach ihn wiederum der Fremde, „Sie werden sich das Geld holen und es mir nach der Waise am Museum bringen! Versuchen Sie nicht, mir zu entgehen. Ihre Schritte lasse ich durch einen Schutzmann bewachen! Mein Seidel bezahlen Sie!“ — Sprach's, klopfte dem Andern wie einen alten Bekannten auf die Schulter, rief dem Kellner zu: „Der Herr bezahlt!“ und ging. Nur sehr allmählich erholte sich der sonst gar nicht so leicht in's Bodsthor zu jagende Moabit Herr von dem gehaltenen Schrecken; ihm dämmerte eine Erinnerung an ähnliche Erpressungs-Geschichten auf und, sich seiner vollen Unschuld an dem ihm vereworfenen Verbrechen wohl bewußt, ging er, ruhig das Weitere abwartend, nach dem Rendezvous-Platz, um nun seinerseits den „Denunzianten“ zu denunziren und ihn verhaften zu lassen. Aber — vergeblich! Der Patron mußte wohl in den Wienen uneres Freundes bemerkt haben, daß er Ruth geschloßt hatte und allen Eventualitäten nunmehr ruhig in's Auge sah — er kam nicht und war und blieb verschwunden. Oder war nur das eine Seidel sein Iwed?“

Ein schönes Geschichtchen das! — So oder ähnlich ergeht es jetzt in dem schönen deutschen Vaterlande.

Doch weiter: Die in Dortmund erscheinende „Tremonia“ vom 19. Juni enthält in ihrem Inseratentheile folgende Erklärung: „Der Buddler Peter Feiden wurde am 11. d. M. wegen angeblicher Majestätsbeleidigung auf der „Union“ hier verhaftet. Zur Steuer der Wahrheit und zur geringen Sühne des von mir begangenen Unrechts erkläre ich hierdurch mit dem größten Bedauern, daß die Verhaftung des p. Feiden auf Grund einer von mir aus unläuterer Motiven angebrachten falschen Denunziation erfolgte.“

Dortmund, 19. Juni 1878. Friedr. Blappert.“

— Sonst und jetzt. In den 40er Jahren und namentlich „anno 48“ sangen und grüßten unsere Spießbürger in allen Kneipen und auf den Stroßen das prächtige Lied Hofmann's von Fallersleben:

„Von allem Schlechten, was da ist,
Was wühlt im Schlamm, was kraucht im Mist,
Voll Gift und Gall, voll Schmach und Schand:
Das Schlechteste ist der Denunciant.“

Wo Friede herrscht und Freude thront,
Gemüthlichkeit und Frohsinn wohnt,
Da ganz verborgen und hochast spannt
Die Netze aus: der Denunciant.

Genau wird von ihm Buch geführt,
Ein jedes Wort schnell aufnotirt.
Gefälscht, gelogen, umgewandt.
Galfacten's dann: der Denunciant.

Er drängt in Freundeskreis sich ein,
Stedt überall die Nase hinein,
Das heiligste Familienband —
Nichts schont der schuft'ge Denunciant.

So lange geht — vergiß es nicht —
Der Krug zum Brunnen bis er bricht,
Bis heimgeschickt, bedeckt mit Schand,
Für alle Zeit der Denunciant.

Und heut? Ja nun, heut erklären sie das Denunziren für eine „Ehrenpflicht“ und kommen nach Kräften dieser dunklen reichsbürgerlichen „Ehrenpflicht“ nach.
Wir aber halten fest am alten Lied und singen lustig, wie anno „48“:

1. Sind Sie vielleicht der nämlche, der die Brüggehelden-
that an einem Geisse verübt hat?

2. Wenn ja, wie stellen Sie sich persönliche Freiheit und
Aufrechterhaltung des Rechtes vor, vielleicht gar mit dem Pri-
vilegium für heftblütige Professoren, junge und alte Leute krank
prügeln zu dürfen?

3. Ober standen Sie vielleicht damals in Straßburg unter
sozialdemokratischen Einflüssen?

Auf Ihre Antwort sind wir neugierig."

— Die Solidarität der Arbeiter. Aus Belgien wird
uns mitgeteilt, daß die dortigen Sozialisten Geld sammeln,
um die deutsche Sozialdemokratie in dem gegenwärtigen Wahl-
kampfe zu unterstützen. Dank den braven Belgiern. Das Geld
soll gut verwendet werden für die gemeinsame Sache.

— Zum Rückgang. Das „Pfälzisch-Badische Volks-
blatt“, das bis jetzt wöchentlich nur einmal erscheint, hat in
letzter Zeit solche Fortschritte gemacht, daß ein dreimal wö-
chentliches Erscheinen in Aussicht genommen ist. — Die
„Chemnitzer Freie Presse“ welche seit den Attentaten eine
große Anzahl neuer Abonnenten gewonnen hat, erscheint jetzt in
doppelt vergrößertem Format. — Bei dieser Gelegenheit
sei bemerkt, daß die „Sozialistenzeitung“ unter anderen für unsere
Partei sehr nützlichen Wirkungen auch die gehabt hat, den
Abonnementkreis unserer Parteipresse bedeutend zu vergrößern.
Und zwar gerade da am meisten, wo die „Hag“ am lebhaft-
esten und gemeinsten. Voraus unsere Gegner, die noch Ver-
stand haben, sich die Lehre ziehen mögen!

— Am 24. d. M. erhielten wir folgendes Schreiben:

Leipzig, den 22. Juni 1878.

An die Expedition des „Vorwärts“
hier selbst.

Nachdem von dem Herrn Oberpräsidenten für Elsaß-Lothringen
die Ausgabe und Verbreitung der hier erscheinenden Zeitschrift
„Vorwärts“ für den Bereich Elsaß-Lothringen verboten worden
ist, wird die Expedition des „Vorwärts“ von diesem Verbote
hierdurch in Kenntniß gesetzt mit dem Bemerkten, daß von der
heutigen Nummer 73 an demnach 50 Exemplare weniger hier
aufzuliefern sind.

Kaiserliches Postamt I.

— Vom Kriegsschauplatz. Wegen des bekannten
Auftrags von Vissagay wurde der Redakteur des „Vorwärts“
Heflig am Dienstag von dem Leipziger Schöffengericht auf
Grund der §§ 110 und 130 zu 8monatlicher Gefängnisstrafe
verurtheilt. — In Glauchau ist Schlegel, Vorsitzender
der dortigen Genossenschaftsbuchdruckerei, plötzlich verhaftet
worden. Wahrscheinlicher Grund: Die famose „finnlose
Phrase“, die absolut berühmt gemacht werden soll. Dagegen ist
der kurz vorher verhaftete Redakteur der „Glauchauer Nach-
richten“, Hohlfeld, nach Stägiger Haft wieder in Freiheit ge-
setzt worden. Wie Hohlfeld mittheilt, erfolgte seine Verhaftung
nicht in Folge der „finnlosen Phrase“, wie wir gemeldet, sondern
aus Anlaß der bereits erwähnten Correspondenz aus Schnee-
berg, welche das obrigkeitliche Massenangebot gegen
Ditrich in Schneeberg (Hausfuchung mit 6 Mann, darunter
2 Gensdarmen mit Flinten!) herbeigeführt hatte. — Unser
Genosse, Redakteur des Berliner Parteiblattes, Schapira,
ist gegen eine Kaution von 3000 Mark auf freien Fuß
gesetzt. Schapira ist bekanntlich zu sechs Monaten Gefängniß
verurtheilt worden, 11 neue Anklagen liegen noch gegen ihn
vor. — Bei dem Parteigenossen Julius Hahn in Berlin ist am
letzten Freitag gebauscht worden. Erfolg = 0. — Genosse
Altenkirch in Brandenburg ist nach 8monatlicher Haft wegen
§ 130 aus dem Gefängniß entlassen worden. — Am 20. wurde
eine sozialdemokratische Versammlung in Breslau verboten.
In Gera ist das auf den 30. Juni angeordnete Volksfest durch
den dortigen Stadtrath verboten worden. — Den Invaliden
welche sich durch Dregelspielen ernähren, ist an einigen Orten
Deutschlands das Spielen der Melodie der Marseillaise ver-
boten worden. — In Finsterwalde ist bei unseren Genossen
Birkel und Hoffmann gebauscht worden. Resultat = 0. —
Aus Hamburg erfahren wir, daß bei dem Genossen Geib
nochmals gebauscht worden ist und zwar auf Requisition der
Altonaer Behörden. Man hat mehrere Geschäftsbücher u. d.
mitgenommen. Ebenso hat man nochmals Hausfuchung bei
Derossi und der Affoziationsbuchdruckerei vorgenommen und
Geschäftsbücher auch von dort vorläufig mit Beschlagnahme
belegt. — Die dortmunder Polizeibehörde hat, nachdem zwei Re-
dakturen der „Westfälischen Freien Presse“ inhaftiert worden sind,
die Nummer 60 mit Beschlagnahme belegt, weil der unterzeichnete
verantwortliche Redakteur eine vorgeschobene Person sein sollte,
obgleich nachgewiesen, daß der Betreffende schriftstellerisch thätig
für das Blatt war. — Drei Criminal-Commissäre sind
nach Berlin zurückgekehrt von einer Rundreise durch Deutschland
und haben viel „Geheimes Verbindungsmaterial“ mitgebracht. —
Die Kaffeekränzchen der Berliner sozialdemokratischen Frauen
werden nunmehr auch unter Anklage als geheime Verbindungen
(§ 128 des Strafgesetzbuches) gestellt werden. — Die Restaurateure
in Berlin, bei denen die Sozialdemokraten vorzugsweise ver-
kehren, sind auf Polizeistunde (bis 11 Uhr) gesetzt worden. —
Die bei den Genossen Auer und Schapira in Berlin beschlag-
nahmen Papiere hat man ihren Eigenthümern zurückerstattet. —
Die verhafteten Mitglieder des „Nordclubs“ zu Berlin sind
außer dem Jahntechniker Superjinsky sämmtlich wieder entlassen
worden. Superjinsky wird auf Denunziation in Haft gehalten,
die darauf hinausläuft, daß er vor 2 Jahren eine Majestäts-
beleidigung begangen haben soll.

— Wofür giebt's Vazarethe? Die „Berliner Freie
Presse“ schreibt:

„Der aus bis jetzt wenigstens unbekanntem Gründen im
Garnisonsarrest in der Lindenstraße in Berlin inhaftierte Ein-
jährig-Freiwillige des Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1, Krüger,
soll sich in Folge seiner Haft in einem so erregten Gemüths-
zustande befinden, daß er seine ihn besuchende Mutter nicht ein-
mal erkannt hat.“

Wir aber fragen, ist es erlaubt, den jungen Mann noch im
Gefängnisse zu halten, der sich in solchem kranken Zustande be-
findet? Will man den Fall Dentler noch um einen ähnlichen
vermehrten im „Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte“?

Correspondenzen.

Kiel, 20. Juni. Auf der hiesigen kaiserlichen Schiffswerfte,
wobei mehrere Hundert Arbeiter beschäftigt sind, wurde gestern
ein Ukas veröffentlicht, welcher nicht russischer sein könnte, als
er ist. Den Arbeitern wurde nämlich bekannt gegeben, daß alle

Jene, welche sozialdemokratischen Prinzipien huldigen und den-
selben nicht entsagen wollen, aus der Arbeit entlassen werden
und nach Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist die Werk zu
verlassen haben. Desgleichen werden Alle, welche sozialdemokra-
tischen Vereinen angehören, aufgefordert, aus denselben auszu-
treten. Wer den sozialdemokratischen Prinzipien nicht entsagen
wolle, habe dies im Verlaufe von drei Tagen seinem speziellen
Vorgesetzten zu melden. Arbeiter, welche später betroffen wer-
den, daß sie sozialistischen Vereinen angehören, derartige Ver-
sammlungen besuchen, die Partei mit Geld unterstützen oder auf
sonst welche Weise kundgeben, daß sie derselben angehören, kön-
nen sofort entlassen werden. Dieser Ukas soll direkt von der
Regierung und nicht von der hiesigen Werk-Direktion ausgehen.
Wir hätten es also im „starlen“, „einigen“ Deutschland glücklich
so weit gebracht, daß der Staat, resp. die Regierung, als Arbeit-
geber die Gedankenfreiheit seiner Arbeiter unterdrückt. Oder
sollte man durch dieses Mandat etwa den Sozialdemokraten die
Reichstagswahlen erschweren und verhindern wollen, daß sozia-
listische Abgeordnete in den Reichstag kommen? Ist es nicht
unerhört und ein direkter Gewaltakt, wenn man in der Wahl-
periode den Arbeitern verbietet, Versammlungen zu besuchen,
wenn man ihnen vorschreibt, welche Meinung sie haben, was sie
lesen, sprechen und denken sollen? Und wie leicht kann man die
Arbeiter durch solche Maßnahmen zu irgend welcher unüberlegten
That, etwa zu einem Aufstand, drängen; dann natürlich werden die
„schießende Flinte“ und der „hauende Säbel“ ihre Schuldigkeit
thun. Daß ein solcher Ukas unter den Arbeitern große Auf-
regung hervordringen muß, ist ja selbstverständlich, deshalb traf
man auch geeignete „Vorsichtsmaßregeln“. Gestern zogen die
Wachen, was sonst nicht geschieht, mit scharf geladenen Flinten
auf. Die Hafenpolizei und die Nachtwächter waren auf den
Beinen und fanden bereit, sich auf einen gegebenen Wink auf
die Arbeiter zu stürzen, wenn sie mit der von „Oben“ beliebten
Mafregel nicht zufrieden sein sollten. Heute Morgen wurden,
wie ich aus sicherer Quelle mittheilen kann, in den einzelnen
Werkstätten — — — Handhellen an die Vorgesetzten aus-
getheilt. Aber auch diese Mafregel wurde, obgleich sich die
Kunde mit Mißgeschnelle verbreitete, von den Arbeitern nicht
weiter beachtet, denn die Sozialdemokraten sind zu geschult, um
den Soldaten Gelegenheit zu geben, die auf den Exerzierplätzen
sich angeeignete „Bildung“ praktisch zu verwerthen. Heute sollte
eine Versammlung der Werkarbeiter stattfinden, in welcher eine
Resolution an die Regierung, in welcher die Arbeiter die Ju-
ridikation der unerhörten Mafregel verlangen wollten, beraten
werden sollte. Wie dies nicht anders zu erwarten war, wurde
dieselbe von der „hohen“ Polizei verboten. Ein Telegramm an
die Regierung in Schleswig, in welchem sich die Arbeiter über
das Vorgehen der Polizei beschwerten, wurde lakonisch mit den
Worten beantwortet: „Bericht der Polizei abwarten.“ Natürlich
ist für die Regierung die Polizei der lautere und unverfälschte
Born der Wahrheit. Auf ein zweites Telegramm kam die Ant-
wort: „An Polizeibehörde wenden.“ Nun wendeten sich die
Arbeiter nochmals an die Polizeibehörde, welche aber die Ver-
sammlung kurzweg verbot. Es lebe die deutsche Versammlungs-
freiheit! Der betreffende Stadtrath gab zwar zu, daß die Sozial-
demokraten im Rechte wären, wenn sie gegen eine solche Maf-
regel sich auflehnten, aber — und hier liegt der Hund begraben
— sie würden durch eine solche Versammlung einen Druck auf
diejenigen Arbeiter ausüben, welche mit der Mafregel zufrieden
seien. Großartige Polizeiwießheit! Die Sozialdemokraten sollen
sich ruhig den Druck gefallen lassen, damit ja die „Gutgefanten“
nicht verführt werden. Die gute Polizei meinte auch, die Arbeiter
hätten ja das „Recht“, eine Resolution abzujassen und dann
ihren Kollegen zur Unterschrift vorzulegen, es bedürfe daher der
Versammlung gar nicht. Daß Derjenige, welcher die Unter-
schriften sammeln würde, die sofortige Entlassung zu gewärtigen
haben würde, das hat der gute Mann wohlweislich verschwiegen.
Aus allen diesen Machinationen ersehen wir, daß die Regierung
vor der Sozialdemokratie Angst hat, daß sie in dieser ihrer Angst
verwirrt wird und zu Mitteln greift, welche der Polizei unter
Napoleon III. nicht einmal gut genug waren. Natürlich wird
durch ein solches Vorgehen, durch solche offene Kundgebung der
Furcht das Ansehen Deutschlands vor dem Auslande nicht ge-
hoben. Die Arbeiter werden sich dem Druck fügen, aber sie
werden sich derartige Eingriffe in ihre heiligsten Rechte merken,
werden nur noch fester an ihrer Ueberzeugung festhalten und sich
diese Gewaltmaßregeln auf das Kerbholz schreiben.

Lübeck, 18. Juni. Wie allgemein bekannt, hatte unser hoch-
wohlwaiser Senat es für gut befunden, im Gegensatz zu den
anderen Hansstädten, seine Zustimmung zu dem „Ausnahme-
gesetz gegen die Sozialdemokratie“ zu geben, obgleich die hiesigen
Sozialdemokraten dem hohen Senat noch niemals Veranlassung
zu besonderem Einschreiten gegeben haben. Sei es nun, daß
das Ausnahmegesetz eine so gründliche Niederlage im Reichstag
erlitten hat, oder aus andern Gründe, genug, in letzter Zeit
wird uns seitens der Polizei eine besondere Aufmerksamkeit ge-
schenkt, wovon die nachfolgenden Beispiele zeugen. Am 27. Mai
hielten wir in unserm Vereinslokal eine Sozialistenversammlung
ab, betreffend Delegirtenwahl zum Sozialistencongrès. In dem
Lokale waren zunächst vier Polizeibeamte, worunter der Com-
missar selbst, zur Ueberwachung erschienen. Zum Ueberflus
waren außerdem noch fünf Mann Patrouille am Eingange postirt,
um — nun, um die Reservisten, welche gerade zur Uebung ein-
gezogen waren, vor den „Umsturzideen“ der Sozialdemokratie
zu bewahren. Aber trotz dieser „löblichen“ Vorsicht unseres
hochwohlwaiser Senats und des Regimentsobersten war die Ver-
sammlung gut besucht und Herr Meyer wurde einstimmig als
Delegirter gewählt. Ein Parteigenosse, welcher beim Anblick
der Patrouille sich eines Rufs des Erstaunens (Who!) nicht er-
wehren konnte, wurde in 3-Mark Ordnungsstrafe genommen. —
Ferner hatten wir am Pfingstmorgen einen Ausflug nach dem
Holze arrangirt in Begleitung eines Musikcorps und eines Ge-
sangvereins. Aber unser „fürsorglicher“ weiser Senat ließ am
Abend vorher das Comité zu sich rufen und erklärte, daß der
beabsichtigte Ausflug nicht stattfinden könne, wenigstens nicht im
Juge, und Fahnen sowie Musik dürften in keinem Falle mitge-
nommen werden. — Uebriens haben wir ebenfalls einen sehr
„umsichtigen“ Polizeikommissar, welcher sehr für die „Rube“
unserer besorgt ist. Denn als wir am 13. Juni einen unserer
Parteigenossen zur Erde bestatteten und zu diesem Zweck natür-
lich die rothe Fahne mitgenommen hatten, da glaubte gewiß der
Herr Commissar, die Stadt würde davon umfallen, oder er war
vielleicht in dem Wahne begriffen, daß unsere ruhigen Bürger
beim Anblick der rothen Fahne wild werden würden. Genug,
kaum war der Zug durch die Stadt und vor dem Kirchhof an-
gekommen, als die Oberpolizei in einer Drohsache „herangejagt“
kam und „im Namen des Gesetzes“ die Entfernung der rothen
Fahne veranlaßte. Wir sind natürlich allzuruhige Leute, um
deshalb ungemüthlich zu werden; aber die Entrüstung darüber
in unserer Stadt, daß die Turn- und Kriegervereine mit Musik
und Fahnen unbehelligt ausziehen können, während den Sozial-
demokraten Alles unterzagt wird, ist der beste Beweis, wie un-

gerecht ein solches Vorgehen ist, und wie mit zweierlei Maß
gemessen wird.

Bromberg, 18. Juni. Die Sozialdemokraten sind vogel-
frei! Diese Parole scheint man hier seit Montag, 3. Juni, aus-
gegeben zu haben. Dem bisherigen Vorsitzenden des Arbeiter-
Bezirksrats hat man Zettel an die Thür geklebt und durch's
Fenster geworfen, deren gemeiner Inhalt, wollte ich ihn mit-
theilen, jedem Leser des „Vorwärts“ die Zornesröthe ins Ge-
sicht treiben würde. Doch damit geben sich die „Gebildeten“
nicht zufrieden, man droht sogar uns bei nächster Gelegenheit
zu erschließen oder zum Krüppel zu hauen. — Falls wir wagen
sollten, noch jemals eine Versammlung hier abzuhalten, so will
man uns die Bude überm Kopfe zusammenbrennen. Einen neuen
Akt der Bromberger „Gebildeten“ habe ich heute mitzutheilen.
Genosse Seebach wurde am 3. Pfingstfesttag im hiesigen
Schützengarten von einem Mitglied der Schützengilde, dem Por-
zellanmaler Buse, welcher nebenbei gesagt, schon öfters das De-
linium gehabt haben soll, durch fortwährendes Treten auf die
Füße, wobei auch die Beinleider nicht geschont wurden, insultirt.
Schließlich als er sich entfernte bis auf einen anderen Platz
verfolgt und mit einem verben Faustschlag ins Gesicht traktirt.
Ohne diesen Schlag thätlich oder mit Worten zu erwidern ver-
fügte sich Genosse Seebach schleunigst um weiteren Thätlichkeiten
dieses Menschen, der augenscheinlich angefaßt war, vorzu-
beugen. Seitens der „Gebildeten“, welche theilweise Alles mit
ruhig angesehen hatten, begann jetzt eine reine Hejragd auf
Seebach mit dem Geschrei: „Das ist ja ein Demokrat!“ „Das
ist der Vorstand von den Sozialdemokraten!“ „Der ist auch im
Nordverein!“ „Raus mit dem Kerl!“ „Haut ihn!“ u. d. m. was so-
gleich aus allen Theilen des Gartens erscholl. Die hohe Poli-
zei, vertreten durch Inspektor Kollath, Commissarius Eisen-
blätter und 2 Polizisten war Zeuge dieser Brutalität von An-
fang an, ohne zu interveniren. Gleich darauf suchte Buse zwei
andere Genossen am Bierisch auf und setzte seine Frechheiten
fort bis sie schleunigst den Garten verließen. Natürlich begleitete
dieselben ebenfalls das Gebrüll der „Gebildeten“. Der hiesige
Arbeiter-Bezirksrat, welcher aus 40 Mann bestand, hat sich vor-
läufig aufgelöst, resp. abgemeldet, bis die Zeiten wieder ruhiger
werden. — Am 6. Juni wurde hier Hausfuchung gehalten bei
den Genossen Boys, Hahn und Schrott, selbstverständlich ohne
Erfolg. Am 22. Mai wurde Genosse Seebach wegen Verletzung
der öffentlichen Ordnung, begangen durch Verbreitung des Anti-
Syllabus, zu 14 Tagen Gefängniß und Tragung der Kosten
verurtheilt.

Hannover, 22. Juni. Es existirt hier ein Doctor medicinae,
Namens Ulrich, wohnhaft in Emmermann's Brauerei. Vorge-
nannter Arzt kam Ende voriger Woche in eine Wirthschaft, in
welcher auch der „Vorwärts“ ausliegt. Das schien dem edlen
Herrn nicht zu gefallen, denn nachdem er hierüber seinem Herzen
Luft gemacht hatte, sprach er mit erhobener Stimme noch fol-
gende Worte: „Ueberhaupt, wenn ich zu befehlen hätte, so
müßten alle Sozialisten auf der Zimmerstraße zusammen mar-
schiren, dann ließ ich Kanonen auffahren und sie sämmtlich
niederfartarschen.“ — — — Nicht wahr, schöne Früchte das, wenn
sie zur Reife gelangen? — Da die Herren Staatsanwälte jetzt
so sehr bemüht sind, sich Arbeit zu verschaffen, mögen sie sich
nur umsehen, und sie werden gewiß genug finden. Der Herr
Dr. Ulrich hat doch durch seine rohen Worte eine indirekte Auf-
forderung zum Morde erlassen?! Mögen aber die sozialistischen
Arbeiter, die sich von dem edlen Herrn behandeln lassen, dies
sich merken. Denn wenn ein Arzt in solcher brutalen Weise sich
in einem öffentlichen Lokale über die Sozialisten ausläßt, dann
ist er auch im Stande, seinen Wünschen im Kleinen selbst nach-
zukommen und unbeliebte Personen durch kleinere Mittel ins
Jenseits zu befördern. Mögen die Einwohner Lindens dies be-
achten! —

Da die Wahlen zum Reichstage bald stattfinden, möchte ich alle
Freunde unserer Sache eruchen, mir über alle ähnlichen Fälle
Mittheilung zu machen; denn da die Gegner kein Mittel scheuen,
selbst das schändlichste nicht, wollen wir zeigen, daß auch wir zu
kämpfen verstehen, indem wir solche Vorfälle der Oeffentlichkeit,
dem gesammten Volke kundthun, dann werden unsere Gegner
ihre Kampftart schon ändern. Mit sozialdemokratischem Gruß
Jos. Kayser, Kempner, Zimmerstr. 17, Linden.

(Zwei Zeugen haben obigen Bericht noch unterschrieben.
D. R. d. S.)

Weihen, 11. Juni. Am 10. und 11. Mai hielt der schon
durch den „Vorwärts“ bekannte Reisedner des Vereins für
Sozial- Reform, Herr Löffel, zwei Versammlungen ab. Das
Hauptgeschäft seines Vortrages bestand darin, daß er den An-
wesenden eine größere Anzahl Zeitungsartikel vorlas, welche ge-
eignet waren, den Speißbürgern vor den Sozialdemokraten eine
heillose Angst zu machen. Die Versammlungen waren öffent-
liche, aber ein Vorsitzender wurde nicht gewählt, und als unser
Parteigenosse Thieme nach Schluß der ersten Versammlung
fragte, ob eine Debatte zugelassen würde, antwortete Herr Löffel,
daß er von seinen Oberen den strengsten Befehl habe, sich in
keine Debatte einzulassen. Eine weitere Frage, warum eine
öffentliche Versammlung keinen Vorsitzenden habe, wie es doch
das Gesetz verlange, wurde vom Herrn Bürgermeister Hirschberg
dahin beantwortet, daß diese Versammlung, in welcher ein wissen-
schaftlicher (?) Vortrag gehalten wurde, keines Vorsitzenden be-
dürfe. Als in der zweiten Versammlung Herr Löffel das Wort
ergriff, wurde von Herrn Thieme abermals die Frage gestellt,
ob eine Debatte zugelassen würde, was wieder verneint wurde.
Hierauf fragte Herr Thieme die Versammlung, ob sie ihm einen
Augenblick Gehör schenken wolle; derselbe wollte Herrn Löffel
erschrecken, in der zweiten Versammlung nicht wieder solche Ver-
leumdungen gegen die Sozialdemokratie zu schleudern, wie in der
ersten, indem wir uns doch nicht verteidigen durften. Herr
Thieme konnte aber nicht ausprechen, denn die anwesenden
Speißbürger und Gegner der Sozialdemokratie trampelten mit
den Füßen und schlugen mit Biergläsern auf den Tisch, machten
überhaupt einen Lärm, daß kein Wort zu verstehen war. Unter
solchen Umständen hielten wir es für gut, unter Protest gegen
ein solches Benehmen das Lokal zu verlassen. In einem Bericht
des „Weihener Tageblatts“ über jene Versammlung suchte man
unseren Parteigenossen Thieme als Ruhestörer hinzustellen,
wofür wir eine Volksversammlung einberiefen, in welcher Herr
Vollmar aus Dresden über das Sozialistengesetz einen „stän-
digen“ Vortrag hielt, welcher öfters durch laute Verfallsbezeugungen
unterbrochen wurde. Ueber den zweiten Gegenstand der Tages-
ordnung, der die beiden oben genannten Versammlungen betraf,
sprach zunächst Herr Thieme; er wies nach, daß ihm nichts ferner
gelegen hätte, als jene Versammlung zu stören. Zum Wort
hätte er sich nicht melden können, weil eben jene Versammlung
keinen Vorsitzenden gehabt; und wies dann darauf hin, daß in
einer Arbeiterversammlung noch nie solche Flegelreien vorgekom-
men seien. Obgleich einige jener Ruhestörer anwesend waren,
suchte sich doch keiner zu rechtfertigen. Herr Vollmar sprach dann
noch über denselben Gegenstand und warnte die Arbeiter dringend
vor diesen Christlich-Sozialen, die es doch nicht redlich mit den

Arbeitern meinten. Die Versammlung war von über 400 Personen besucht.

Schließlich sei hier noch eine Polizeimaßregelung erwähnt, daß, als von hiesigen Genossen eine Besprechung bezüglich eines am 2. Pfingstfeiertage zu unternehmenden Ausfluges veranstaltet werden sollte, die Polizei dieselbe verbot. Um etwaige „Ausbreitungen“ zu verhindern, hatte man großartige Sicherheitsmaßregeln getroffen; das Lokal, wo die Besprechung stattfinden sollte, war von der Polizei besetzt, Polizisten und Gensdarmen gingen ab und zu. Es soll sogar eine Compagnie Jäger congniert worden sein und ferner soll der Herr Vägermeister 4 Jäger als Wache in seiner Wohnung gehabt haben. Wir luden nun durch Annoncen zur Teilnahme an einer Partie ein und fuhrten am 2. Feiertage per Dampfschiff nach Seußlitz, natürlich unter Aufsicht von zwei Gensdarmen, während im Orte selbst 7 oder 8 Gensdarmen ihre schützenden Arme über uns breiteten. Nur so fort agitiert, damit es auch hier hübsch vorwärts geht.

Leipzig. Am Freitag, 22. Juni, fand hier selbst eine zahlreich besuchte Einwohnerversammlung statt, in welcher ein Wahlcomité, aus neun Mann bestehend, gewählt wurde. Die Genossen des 10., 11. und 14. sächsischen Wahlkreises, welche sich mit uns in Verbindung setzen wollen, mögen sich wenden an den Geschäftsführer des Wahlcomités, E. Vienig, Leipzig, Färberstraße 12. Gelder für die Agitation sind zu senden an Herrn Ederlein, Weststraße 37 part. Genossen! Gehet wir ohne Zögern an die Arbeit, errichtet überall Orts-Wahlcomités; wo dies nicht angeht, werden wir hülfreich zur Seite stehen.

Gera, 11. Juni. Am 8. d. Mts. sprach Genosse Brätter in einer Volksversammlung in Straube's Lokal über die Tagesordnung: „Kann die Sozialdemokratie für die beiden Attentate verantwortlich gemacht werden?“ Der Besuch war ein so großartiger, daß das Lokal die herbeiströmenden Menschen nicht zu fassen vermochte und sehr viele gezwungen waren, wieder umzukehren. Der Referent wies zunächst auf die Erbitterung und Sensation, welche die beiden Attentate hervorgerufen und auf das unerhörte Bestreben der reaktionären Parteien und der Regierung, die Sozialdemokratie dafür verantwortlich zu machen, hin. Die letztere verabsichere ja den Mord in jeder Form und sei in keiner Weise mit den Attentaten in Verbindung zu bringen, die Bemühungen der Gegner, uns die Attentate an die Kuchschöpfe zu hängen, seien bis jetzt vergebliche, ja, es stelle sich immer mehr heraus, daß sie mit uns nichts gemein haben. Die Reaktion habe sich natürlich die außerordentlich günstige Gelegenheit zur Unterdrückung freisinniger Bestrebungen, die in ihren Augen ein Grauel, nicht nehmen lassen und den berühmten Kautschukparagrafen in neuer und verbesserter Auflage dem Reichstage vorgelegt. Dieser habe zwar denselben nicht angenommen, aber es sei zu erwarten, und die neuesten Vorgänge beweisen das, daß im Wege der Verwaltung „bis an die Grenze des Möglichen“ gegen die Sozialdemokraten vorgegangen werde. Redner erklärte, daß die Sozialdemokratie auf gesetzlichem Wege ihr Ziel zu erreichen suche und protestierte gegen eine Verantwortlichmachung derselben für solche Verbrechen. Trotz aller möglichen Unterdrückungsmaßregeln werde die Sozialdemokratie leben, trotz alledem und alledem. Die Versammlung sollte dem Redner lebhaften Beifall und erklärte sie sich sodann gegen 1 Stimme durch Annahme einer Resolution mit den Ausführungen des Redners einverstanden. Ein Gegner erklärte die Resolution für Unsin, geriet jedoch offenbar in Verlegenheit, als er unter Zustimmung voller Redefreiheit aufgefordert wurde, seine Ansicht zu begründen und — schweig. Die Versammlung verlief in schönster Ordnung und aufmerksam hörte man dem Redner zu, sie dürfte den Gegnern gezeigt haben, daß die Sozialdemokraten nicht die Schwefelbunde sind, als die man sie hinstellt; andererseits wird sie unsere Genossen und Freunde veranlassen haben, zu treuem, unerschütterlichem Festhalten an der guten Sache des Sozialismus.

Nürnberg, 15. Juni. Der „Frankfurter Zeitung“ wird geschrieben: Die Sozialdemokraten in Nürnberg und Fürth haben die Wahlagitation bereits eröffnet. Heute findet in Fürth, morgen im benachbarten Weisshammer, am Montag dahier sozialistische Wählerversammlung statt. Als Candidaten werden wiederum E. Grillenberger im hiesigen und Magistratsrath Löwenstein im Fürth-Erlanger Wahlkreise aufgestellt. Auch die hiesige Fortschrittspartei ist bereits in den Wahlkampf eingetreten, freilich in ihrer Art. Wie nämlich der „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ mittheilt, sind gestern sämtliche Arbeiter des städtischen Gaswerks am Herrn Direktor Heymann versammelt worden, um von demselben im Auftrage des Magistrats mitgeteilt zu erhalten, daß jede Beteiligung der Arbeiter an sozialistischen Versammlungen und Agitationen die sofortige Entlassung nach sich ziehen werde. Besser könnte freilich der aus lauter Fortschrittlern bestehende Magistrat seine Achtung vor der gesetzlich garantierten Wahlfreiheit nicht dokumentieren, als durch die Befolgung dieses bekannten, vom „Frankfurter“ ausgegebenen Rezeptes, welches dem Arbeiter das selbständige Denken verbietet und der Heuchelei Thür und Thor öffnet. — Ein Nürnberger Handlungsreisender, welcher in einer Wirtschaft zu Burgarnbach unter der ausdrücklichen Versicherung, daß er nicht Sozialdemokrat sei, seine Mißbilligung über die gegen die sozialdemokratische Partei geplanten Ausnahmengesetze aussprach, wurde in Folge dessen von einem der anwesenden Herren berathet mit einem scharfen Instrument bearbeitet, daß er am Kopfe bedeutend verletzt und mit Blut überströmt aus dem Wohnzimmer geschloßt werden mußte. Der Angreifer soll ein Zimmermeister sein und ist strafrechtliche Untersuchung bereits eingeleitet worden.

Dortmund, 11. Juni. Das gestrige Arbeiterfest, von dem man Angesichts der gegenwärtigen Situation vielfach die schlimmsten Befürchtungen hegte, nahm einen überaus günstigen Verlauf. Trotzdem sich Hunderte von Arbeitern, welche in ihrem Innern von der Gerechtigkeit der sozialdemokratischen Sache überzeugt sind, fürchteten, das Fest zu besuchen, da man allgemein glaubte, es würden von den einzelnen Fabriken Spione ausgespielt werden, welche die auf dem Feste befindlichen Arbeiter demünzten, hatten sich eine solche Menge von Festtheilnehmern eingefunden, daß das große köhische Lokal dicht besetzt war. Die Haltung sämtlicher Anwesenden war eine ruhige, ja würdevolle, und Jeder that sein Bestes, damit die Ruhe und gemüthliche Feststimmung nicht gestört werde, auf allen Gesichtern konnte man aber auch den Entschluß lesen, keinerlei Ungehörigkeiten zu dulden. Die Musik, von Mitgliedern der Löfer'schen Kapelle ausgeführt, ließ nichts zu wünschen übrig, und die beiden Gesangsvereine Club „Vorwärts“ und „Liebesfreund“ wetteiferten miteinander durch Vortragender wieder die freudige Feststimmung zu erhöhen, ein Bemühen, welches, wie der Beifall der Anwesenden bewies, allseitige und freudige Anerkennung fand. Ein durch keinen Witzton gestörter Festball hielt die meisten Anwesenden bis kurz nach 12 Uhr (länger zu Tanzen hatte die hochwohlwollige Polizei nicht erlaubt) zusammen, und als dann das Fest geschlossen wurde, sagte sich Jeder, der demselben beigewohnt,

„das war wieder einmal ein gemüthliches Fest, wie es nur die Arbeiter unter sich arrangiren können.“ Bemerkten wollen wir noch, daß sich wirklich einige Spione eingefunden, welche indeß sofort erkannt wurden und durch das Festcomité auf eine anständige Weise zum Verlassen des Lokals veranlaßt wurden. Ferner besaßen kurz nach 12 Uhr, als die Kasse bereits geschlossen, einige den „besseren“ Ständen angehörige Bengels noch die Unverschämtheit, trotz des ausdrücklichen Verbots, das Festlokal betreten zu wollen, aber auch diese wurden, wenn auch auf eine für sie unliebbare Weise durch die Mitglieder des Festcomités an ihrem Vorhaben gehindert, und werden diese Burschen jetzt wohl die Erfahrung gemacht haben, daß es auch die Arbeiter verstehen, Jemanden an die Lust zu setzen. Hoffen wir endlich, daß auch dieses schöne Fest seine guten Früchte trägt, und die Arbeiter wieder aufs Neue von dem Gedanken durchdrungen worden sind, daß sie einig zusammenstehen müssen, zu ihrem Nutz und dem Feinde zum Trutz.

Pöfeldorf, 17. Juni. Am 12. und 13. d. Mts. berief der Central-Verein für Sozial-Reform (Staats-Sozialisten) im Saale des Herrn Bergmann eine Versammlung ein mit der Tagesordnung: Vortrag über die Bestrebungen und Ziele des Central-Reform-Vereins, 2) die Hebung der Noth der Handwerker und Reichsachgenossenschaften. Der Vortragende war ein Herr Ipscher, Reisedrucker aus Berlin. Das Lokal war am ersten Abend so leblich besetzt in Folge eines starken Damencontingents, welches der evangel. Christl. soziale Verein hauptsächlich stellte, welcher auch nach seinem Auftreten ein schlägiges Glas zu verzeichnen hat. Die Bestrebungen dieses Central-Vereins sind uns hinlänglich bekannt. Der Redner erklärte offen, der Sozialdemokratie alle mögliche Dämme entgegen zu bauen; die Reformen aber bestehen in der Beibehaltung des ephernen ökonomischen Lohngesetzes. Den zweiten Vortrag sahen wir jedoch mit Interesse entgegen, und entschlossen sich einige Parteigenossen, trotz der 20 Pf. Entrée, hinzugehen. Es war schon Abends 9 Uhr, als ich mich in der offenen Saalhalle befand, und wollte, weil noch Niemand da war, mich auf einige Zeit umkehren, als plötzlich das nagelneue Geschütz des Centralvereins sich auf der Koftra zeigte. Der Saal zeigte nach genauer Fählung mit dem überwachenden Polizisten gerade 40 Mann, darunter 4 der Unserigen. Die Tische waren mit Aufnahmeformularen besetzt und es dienten auch diese Tische nur als Aufnehmer, denn ich habe nicht gesehen, daß ein einziges Formular ausgefüllt wurde. Auch Abonnements-einladungen auf den „Staatssozialist“ waren beigegeben, doch es wurde nicht abnommt. Ich harrete nun der Dinge, die da kommen sollten, um einen Vergleich anstellen zu können zwischen diesen neugeplanten Reichsachgenossenschaften und den von Lassalle projektierten Produktiv-Assoziationen. Der Herr begab sich nun aber auf ein Gebiet, welches für jeden Sozialdemokraten eine bekannte abgedroschene Sache ist, und bildete der Vortrag zum großen Theil eine Abhandlung des Kunstwezens; er hob namentlich die Vorzüge des Letzteren hervor und meinte, daß unser Handwerker- und Mittelstand dadurch allein wieder zu alter Blüthe gelangen würde. Die Sicherung des eigenen Marktes, die Beschränkung der Concurrrenz, die Waarenschau, die strengen gewerkschaftlichen Satzungen, die Sorge für Arme und Invalide, alles dieses seien Postulate, welche auch heute ihre volle Berechtigung hätten. Einer völligen Inconsequenz machte der Vortragende sich schuldig, indem er den Gesellenbrüderschaften der Fünftler, welche sich selbst ihre Gesetze gaben, huldigte, wogegen er die heutige Arbeiterbewegung als ungerechtfertigt kampfte. Auch die Noth und das Elend des arbeitenden Volkes vergaß der Herr nicht, uns vor die Seele zu führen, zum reinen Ueberfluß, da wir mit diesen beiden Faktoren täglich zu rechnen haben, dagegen schloß er seinen Vortrag ohne auf die erwähnten Fachgenossenschaften einzugehen. Aber hier liegt der Hase ja im Pfeffer. Mit dem Schulze-Deitrich'schen System darf man nicht kommen, namentlich hier nicht, im Domizil der fallirten Gewerbank, wo in jüngster Zeit allein durch die Solidarität 700 Familien an den Bettelstab gebracht worden, und Lassalle's Theorie will man nicht in Anspruch nehmen, ein anderes giebt es nicht, und deshalb schweig man. Nachdem sich nun Herr Ipscher bemüht hatte, auch mich zum Abnommen oder Einzeichnen zu gewinnen, verließen wir mit einigen uns unbekanntem Herren den Saal, von denen sich zwei, da die Rede des Herrn Ipscher so vortreflich gewesen, in unserm Wahlverein einschreiben ließen.

Mit sozialdemokratischem Gruß Fr. F.
Vom Rhein, 14. Juni. Wie sich auch das Philistertum mit der deutschen Kaiser- und Reichstreue blähen mag, welche sich nach den Attentaten gezeigt, so viel steht fest, nachdem sich der erste Schwall der Begeisterung gelegt, nachdem die Gemüther etwas kühl geworden, läßt sich schon bemerken, daß es mit der Reichsbegeisterung des Mittelstandes in Wirklichkeit nicht so prunkvoll aussieht als man sich in gewissen Kreisen vorstellt. Noch vor zwei Jahren zeigte sich hier ein Reichsnationalismus auch bei dem geringen und unbemittelten Manne, daß ich Niemand hätte rathen wollen, auch nur die geringsten mißbilligenden Aeußerungen gegen das Reich zu lassen. Heute ist es anders geworden. Die gegenwärtige fast vollständige Geschäftslosigkeit gibt Veranlassung zu Mißstimmung und Unzufriedenheit. Wer mag an dieser traurigen vollständig ausichtslosen Zeit die Schuld tragen? hört man oft fragen. Man weiß es recht gut, aber gibt sich die Antwort nur unter vier Augen, weil der Geschäftsstand, der Mittelstand zu abhängig ist und durch öffentliche Kundgebung seiner Gefinnung der Existenz verlustig würde. Es fehlt dem Mittelstand die Unterstützung des Arbeiterstandes, welcher letzterer hier nur sehr schwach vertreten ist. Auch der geringe Bauernstand ist über die schlechte Zeit nicht sonderlich erbaud, und begreift sehr wohl, daß sie zum großen Theil eine Folge der politischen Wirren ist. Ich bin fest überzeugt ein bißchen Aufklärung würde eine noch ganz andere Stimmung hervorrufen. Die Sozialdemokraten sind hier in der Gegend meistens als „Theiler“ verschrien, deshalb ist vorläufig nur geringer öffentlicher Anhang vorhanden. Die „Reichstreuen“ suchen das erstere auch weidlich auszubenten und dem Volke die Sozialdemokraten als die verwerflichsten Subjekte darzustellen, wie das ja allermwärts der Fall ist. Ich bin nur gespannt, wie die Regierung es nach erlangten Ausnahmengesetzen anfangen wird, die Sozialdemokraten einzusperrten. Mögen die Reichstagswahlen ausfallen wie sie wollen, mögen die Ausnahmengesetze gegen die Sozialdemokraten noch so strenger Natur sein, eins steht für jeden vernünftigen Menschen fest: „Die Sozialdemokratie ist nicht auszurotten, ihr allein gehört die Zukunft.“ Heinrich Heine sagt schon in seinen Wanderratten:

Nicht Klodengeläute, nicht Pfaffengebete,
Nicht hochwohlweise Senatsdekrete,
Auch nicht Kanonen, viel Hundertpfänder,
Sie helfen euch heute ihr lieben Kinder!

Dem helfen euch nicht die Wortgepinnste
Der abgelebten Redekünste.
Man fängt nicht Ratten mit Syllogismen
Sie springen über die feinsten Sophismen.

Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenkatz mit Knödelgründen,
Nur Argumente von Kinderbraten,
Begleitet mit Göttinger Pursticitäten etc. etc.

Höppingen, den 16. Juni. Auch hier im Süden hat das letzte Attentat große Erregung hervorgerufen. Während Ue-einzig sind im Beurtheilen desselben, ist es unsere liberale Presse, die seit Jahren dem Mord zujauchzt, dem Massenmord. Ist es denn zu verwundern, daß solche Früchte gezeitigt werden. Der Dieb ruft aber am lautesten: Haltt den Dieb! und so auch unser Wochenblatt, das dermaßen schimpft und heult, so daß der „Land-räthliche von Klübing“ noch eines Kinderstülpzeug ist. — Um so verwerflicher sind aber Ausdrücke als: Verbrecherbande, Schufte, Schlaraffenapostel, Gefindel, Lotterbuben, elendes Gezüg; ich sage, um so verwerflicher, weil gerade dieses Blatt stets das Wort „Religion“ im Munde führt und verschiedene dieser Artikel von Theologen verfaßt wurden, was wir damit beweisen, weil alle Stände darin mitgenommen und der Splitterrichter nur den Balken im eigenen Auge nicht sieht. Ein hiesiger Bürger, Namens Zetter, Gerber, nahm sich dieser Behandlungsweise denn so sehr zu Gemüthe, daß er am Pfingstfest von Wirthschaft zu Wirthschaft zog und schrie: Diesen „Sozialen“ müsse man den Bauch ausschlitzen, er schlage jeden todt, den er erwische, ein ganzes Bataillon fürchte er nicht, in der Hölle müßten sie er-säuft werden, mit den Weibern und Kindern müsse man es eben so machen. Ein Herr Wignat, Kaufmann, kassirte diesen Barbarentiraden Beifall. Das kommt bei diesem daher, weil er Ruder ist! Und die Lehre aus diesem Gefahren? Arbeiter! Wendet solchen Geschimpf mit Abscheu den Rücken, wendet Euch ab von solchen Frommen, die Daß anstatt Liebes säen, haltet zur Sozialdemokratie, der bestverkauften, aber deshalb auch besten Partei.

Calan, 4. Juni. Am zweiten Juni fand hier eine öffentliche Schuhmacher- und Schneiderverammlung statt, in welcher Hr. Hochheim aus Frankfurt an der Oder, über die Tagesordnung: 1) der Unter-gang des Kleingewerbetriebes; 2) Zweck und Nutzen der Gewerkschaften, in gediegener Weise referierte. Der Erfolg war, daß sich sofort dreizehn Mann der Gewerkschaft angeschlossen. Möge der erste Schritt auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung auch hier seine Früchte tragen.

Briefkasten

der Redaktion. Auf verschiedene Anfragen sei bemerkt, daß Hasenclever bei den nächsten Reichstagswahlen nicht in Altona, sondern in Berlin VI candidiren wird.

Volksbuchhandlung von J. Franz in Jülich: Haben Sie meinen Brief vom 16. April sowie die Postkarte vom 16. Mai nicht erhalten? Warum bekomme ich das von mir Bestellte nicht?
Calan. S. Krüger.

Leitung, Schrt Gehlt Ab. 19,85. Rfr München Ab. 25,00. Lgs Hannover Ab. 160,00. Wühr London Schrt. 40,80. Uährband Hamburg Ann. 1,50. Schlt Nisch Ab. 1,75. Bundescomité Bern Ab. 2,49. Stillsbrg Bordeaux Ab. 4,00. Rhanna Halberstadt Ann. 1,40. Hungenl Ziegelhof Ab. 3,00. Frl Kenden Ab. 1,64. Kffahn New-Castle Ab. 2,50. Rurt Jägerndorf Schrt. 20,40. Rern Schmöln Ab. 9,20. R. in P. Ab. 4,80. S. in A. Ab. 4,80. R. hier Ab. 0,60. Frl München Schrt. 5,50. Hlbrnd Brandenburg Schrt. 3,50. Rr. Widen Schrt. 0,87; Albrnd Danabrak Schrt. 2,50. Huch Steinschönau Schrt. 1,60.

Fonds für die Gemafregelten.

v. S. Albrg Bordeaux 5,80; v. S. in A. 30,40; v. J. hier 6,00.

Wahlfonds.

v. J. Gey Weimar 7,20; v. einem Tischler hier 0,20.

Hanan, 24. Juni. Ich mache die Leser des „Vorwärts“ darauf aufmerksam, daß sich die hiesige Zeitungskommission aufgelöst hat und in Folge dessen nur auf der Post abnommt werden kann. Ich bitte die Genossen, es rechtzeitig zu thun.
W. Dahbath.

Dissidentenbund für Leipzig u. Umg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Religionsunterricht für die Kinder Sonntag, den 7. Juli Vormittags 9 Uhr beginnt. Anmeldungen hiesu sind an den Unterzeichneten zu adressiren.
Leipzig, Frankfurterstr. 31. Der Vorsitzende Willh. Fink.

Leipzig. Freitag, den 28. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Restaurant „Bellevue“, Kreuzstraße 7:

Wählerversammlung.

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent J. Motteler. Die Eindrücker. 180

4 Korbmöbel-Arbeiter

erhalten sofort dauernde und gute Arbeit bei (150 in Antwerpen (Belgien), rue du Jambon Nr. 8.

A. Stracke

Java-Tabak 100—210, Palmyra 130, Carmen 100, Domingo 40—80, Seedleaf 45—62, Brasil 65—120, Ungar. 38 Pfg. (4) 1,20
C. J. Heymann, Niederstraße 120 Hamburg.

Wahlagitationsnummer!

Ende dieser Woche wird eine Agitationsnummer für die Reichstagswahl erscheinen.

Diese Nummer wird enthalten:

1. Ansprache des Centralwahlcomité, die Wahlen betreffend.
2. Wahlartikel.
3. Unsere Prinzipien.
4. Rückblide auf den aufgelösten Reichstag.
5. Wahlgesetz und Wahlreglement.

Preis für je 100 Expl. 1,50 M. ohne Porto
Versandt nur gegen baar oder Postvorschuß.
Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Trud und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung des Sozialismus.

Von Friedrich Engels.

IV.

Wir haben bereits früher, daß die Dühring'sche Dekonomie auf den Satz hinausläuft: Die kapitalistische Produktionsweise ist ganz gut und kann bestehen bleiben, aber die kapitalistische Verteilungsweise ist vom Uebel und muß verschwinden. Wir finden jetzt, daß die „Sozialität“ des Herrn Dühring weiter nichts ist, als die Durchführung dieses Satzes in der Phantasie. In der That zeigte sich, daß Herr Dühring an der Produktionsweise — als solcher — der kapitalistischen Gesellschaft fast gar nichts auszuweisen hat, daß er die alte Theilung der Arbeit in allen wesentlichen Beziehungen beibehalten will, und daher auch über die Produktion innerhalb seiner Wirtschaftskommune kaum ein Wort zu sagen weiß. Die Produktion ist allerdings ein Gebiet, auf dem es sich um handfeste Thatsachen handelt, auf dem daher die „rationelle Phantasie“ dem Flügelschlag ihrer freien Seele nur wenig Raum geben darf, weil die Gefahr der Blamage zu nahe liegt. Dagegen die Verteilung, die nach der Ansicht des Herrn Dühring ja gar nicht durch die Produktion, sondern durch einen reinen Willensakt bestimmt wird, — die Verteilung ist das prädestinierte Feld seiner „sozialen Alchimisterei“.

Der gleichen Produktionspflicht tritt gegenüber das gleiche Konsumtionsrecht, organisiert in der Wirtschaftskommune und der, eine größere Anzahl der letzteren umfassenden Handelskommune. Hier wird „Arbeit . . . nach dem Grundsatz der gleichen Schätzung gegen andere Arbeit ausgetauscht . . . Leistung und Gegenleistung stellen hier wirkliche Gleichheit der Arbeitsgrößen vor.“ Und zwar gilt diese „Gleichsetzung der Menschenkräfte, mögen die Einzelnen nun Mehr oder Weniger, oder zufällig auch Nichts geleistet haben“; denn „man kann alle Verrichtungen, insofern sie Zeit und Kräfte in Anspruch nehmen, als Arbeitsleistungen ansehen“ — also auch Regelschieben und Spazierengehen. Dieser Austausch findet aber nicht statt zwischen den Einzelnen, da die Gesamtheit Besitzerin aller Produktionsmittel, also auch aller Produkte ist, sondern einerseits zwischen jeder Wirtschaftskommune und ihren einzelnen Mitgliedern, andererseits zwischen den verschiedenen Wirtschafts- und Handelskommunen selbst. Namentlich werden die einzelnen Wirtschaftskommunen innerhalb ihres eignen Rahmens den Kleinhandel durch völlig planmäßigen Vertrieb erziehen.“ Ebenso wird der Handel im Großen organisiert: „Das System der freien Wirtschaftsgesellschaft . . . bleibt daher eine große Tauscheinrichtung, deren Vornahmen sich vermittelt der durch die edlen Metalle gegebenen Geldgrundlage vollziehen. Durch die Einsicht in die unumgängliche Nothwendigkeit dieser Grundeigenschaft unterscheidet sich unser Schema von allen jenen Rebellhaftigkeiten, die auch noch den rationellsten Formen der heute umlaufenden sozialistischen Vorstellungen anhaften.“

Die Wirtschaftskommune, als erste Aneignerin der gesellschaftlichen Produkte, hat Befuß dieses Austausches „für jeden Zweig von Aesthete einen einheitlichen Preis“ nach den durchschnittlichen Produktionskosten festzulegen. „Was gegenwärtig die sogenannten Selbstkosten der Produktion . . . für Werth und Preis bedeuten, das werden (in der Sozialität) . . . die Anschläge der zu verwendenden Arbeitsmenge leisten. Diese Anschläge, die sich, nach dem Grundsatz des auch wirtschaftlich gleichen Rechts jeder Persönlichkeit, schließlich auf die Berücksichtigung der beteiligten Personenzahl zurückführen lassen, werden das zugleich den Naturverhältnissen der Produktion und dem gesellschaftlichen Werthungsrecht entsprechende Verhältnis der Preise ergeben. Die Produktion der edlen Metalle wird ähnlich wie heute für die Werthbestimmung des Geldes maßgebend bleiben. . . Man sieht hieraus, daß man in der veränderten Gesellschaftsverfassung zunächst für die Werthe und mithin für die Verhältnisse, in denen die Erzeugnisse sich gegeneinander umsetzen, nicht nur Bestimmungsgrund und Maß nicht verliert, sondern erst gehörig gewinnt.“ Der berühmte „absolute Werth“ ist endlich realisiert.

Andererseits aber wird die Kommune nun auch die Einzelnen in den Stand setzen müssen, die produzierten Artikel von ihr zu kaufen, indem sie Jedem eine gewisse tägliche, wöchentliche oder monatliche Geldsumme, die für Jeden gleich zu sein hat, als Gegenleistung für seine Arbeit auszahlt. „Es ist daher vom Standpunkt der Sozialität gleichgültig, ob man sagt, daß der Arbeitslohn verschwindet, oder daß er die ausschließliche Form der ökonomischen Einkünfte werden müsse.“ Gleiche Löhne und gleiche Preise aber stellen die „quantitative, wenn auch nicht qualitative Gleichheit der Konsumtion“ her, und damit ist das „universelle Prinzip der Gerechtigkeit“ ökonomisch verwirklicht. Ueber die Bestimmung der Höhe dieses Zukunftslohnes sagt uns Herr Dühring nur, daß auch hier, wie in allen andern Fällen, „gleiche Arbeit gegen gleiche Arbeit“ ausgetauscht wird. Für sechsständige Arbeit wird daher eine Geldsumme zu zahlen sein, die ebenfalls sechs Arbeitsstunden in sich verkörpert.

Indeß ist das „universelle Prinzip der Gerechtigkeit“ keineswegs mit jener rohen Gleichmacherei zu verwechseln, die den Bürger so sehr aufbringt gegen jeden, namentlich den naturwichtigen Arbeiterkommunisten. Es ist lange nicht so unerbittlich als es gern aussieht möchte. Die „prinzipielle Gleichheit der ökonomischen Rechtsansprüche“ schließt nicht aus, daß freiwillig zu dem, was die Gerechtigkeit erfordert, noch ein Ausdruck der besondern Anerkennung und Ehre gesagt werde. . . Die Gesellschaft ehrt sich selbst, indem sie die höher gesteigerten Leistungsgattungen durch eine mäßige Mehrausstattung für die Konsumtion auszeichnet.“ Und auch Herr Dühring ehrt sich selbst, indem er, Laubennusschuld und Schlangentzuglichkeit verschmelzend, so rührend für die mäßige Mehrkonsumtion der Zukunfts- dührings besorgt ist.

Hiermit ist die kapitalistische Verteilungsweise endgültig befreit. Denn „gesetzt es hätte Jemand unter Voraussetzung eines solchen Zustandes wirklich einen Ueberschuß von privaten Mitteln zur Verfügung, so würde er für denselben keine kapitalmäßige Verwendung ausfindig machen können. Kein Einzelner oder keine Gruppe würde ihm denselben für die Produktion anders als im Wege des Austausches oder Kaufs abnehmen, niemals aber in den Fall kommen, ihm Zinsen oder Gewinn zu zahlen.“ Hiermit wird „eine dem Grundsatz der Gleichheit entsprechende Vererbung“ zulässig. Sie ist unvermeidlich, denn „eine gewisse Vererbung wird immer die notwendige Begleitung des Familienprinzips sein“. Auch das Erbrecht wird „zu keiner Ansammlung umfangreicher Vermögen führen können, da hier die Eigentumsbildung . . . namentlich nie mehr den Zweck haben kann, Produktionsmittel und reine Renteneinkünfte zu schaffen“.

Hiermit wäre die Wirtschaftskommune glücklich fertig. Sehen wir nun zu, wie sie wirtschaftet.

Wir nehmen an, alle Unterstellungen des Herrn Dühring seien vollständig realisiert; wir setzen also voraus, daß die Wirtschaftskommune jedem ihrer Mitglieder für täglich sechsständige Arbeit eine Geldsumme zahlt, in der ebenfalls sechs Arbeitsstunden verkörpert sind, meinetwegen zwölf Mark. Wir nehmen ebenfalls an, daß die Preise genau den Werthen entsprechen, also unter unsern Voraussetzungen nur die Kosten der Rohstoffe, den Verschleiß der Maschinen, den Verbrauch von Arbeitsmitteln und den gezahlten Arbeitslohn umfassen. Eine Wirtschaftskommune von 100 arbeitenden Mitgliedern produziert dann täglich Waaren im Werth von 1200 Mark, im Jahr bei 300 Arbeitstagen für 360.000 Mark, und zahlt dieselbe Summe an ihre Mitglieder aus, deren Jeder mit seinem Antheil von täglich 12 oder jährlich 3600 Mark macht was er will. Am Ende des Jahres, und am Ende von hundert Jahren ist die Kommune nicht reicher als am Anfang. Sie wird während dieser Zeit nicht einmal im Stande sein, die mäßige Mehrausstattung für die Konsumtion des Herrn Dühring zu leisten, falls sie nicht ihren Stamm von Produktionsmitteln angreifen will. Die Akkumulation ist total vergessen worden. Noch schlimmer: da die Akkumulation eine gesellschaftliche Nothwendigkeit, und in der Beibehaltung des Geldes eine bequeme Form der Akkumulation gegeben, so fordert die Organisation der Wirtschaftskommune ihre Mitglieder direkt auf zur Privatakkumulation, und damit zu ihrer eignen Zerstörung.

Wie diesem Zwiespalt der Natur der Wirtschaftskommune entgegen? Sie könnte Zuflucht nehmen zu der beliebigen „Bezahlung“, dem Preisausschlag, und ihre Jahresproduktion statt für 360.000 Mark, für 480.000 Mark verkaufen. Da aber alle andern Wirtschaftskommunen in derselben Lage sind, also dasselbe thun müßten, so würde jede im Austausch mit der andern eben so viel „Bezahlung“ zahlen müssen wie sie einsteckt, und der „Tribut“ also nur auf ihre eignen Mitglieder fallen.

Oder aber, sie macht die Sache kurz und bündig ab, indem sie jedem Mitglied für sechsständige Arbeit das Produkt von weniger als sechsständiger Arbeit, meinetwegen von vier Arbeitsstunden zahlt, also statt 12 Mark nur acht Mark täglich, die Waarenpreise aber auf der alten Höhe bestehen läßt. Sie thut in diesem Falle direkt und offen, was sie im vorigen verdeckt und auf einem Umweg thut: sie bildet Marx'schen Mehrwerth im jährlichen Betrag von 120.000 Mark, indem sie ihre Mitglieder in durchaus kapitalistischer Weise unter dem Werth ihrer Leistung bezahlt, und ihnen obendrein die Waaren, die sie nur bei ihr kaufen können, zum vollen Werth anrechnet. Die Wirtschaftskommune kann also nur zu einem Reservefond kommen, indem sie sich enthüllt als das „veredelte Trudsystem“ auf breiter kommunistischer Grundlage.

Also Eins von Zweien: Entweder tauscht die Wirtschaftskommune „gleiche Arbeit aus gegen gleiche Arbeit“, und dann kann nicht sie, sondern nur die Privaten einen Fond zur Erhaltung und Ausdehnung der Produktion akkumulieren. Oder aber, sie bildet einen solchen Fond, und dann tauscht sie nicht „gleiche Arbeit aus gegen gleiche Arbeit“.

So steht mit dem Inhalt des Austausches in der Wirtschaftskommune. Wie mit der Form? Der Austausch wird durch Metallgeld vermittelt, und Hr. Dühring thut sich nicht wenig zu gut auf die „menschheitsgeschichtliche Tragweite“ dieser Verbesserung. Aber im Verkehr zwischen der Kommune und ihren Mitgliedern ist das Geld gar kein Geld, fungirt es gar nicht als Geld. Es dient als ein reines Arbeitscertifikat, es konstatirt, um mit Marx zu reden, „nur den individuellen Antheil des Produzenten an der Gemeinarbeit und seinen individuellen Anspruch auf den zur Konsumtion bestimmten Theil des Gemeinprodukts“, und ist in dieser Funktion „ebenso wenig Geld, wie etwa eine Theaterkarte“. Es kann hiermit durch jedes beliebige Zeichen ersetzt werden, wie Weiting es durch ein „Kommerzbuch“ ersetzt, worin auf der einen Seite die Arbeitsstunden und auf der andern die dafür bezogenen Genüsse abgestempelt werden. Kurz, es fungirt im Verkehr der Wirtschaftskommune mit ihren Mitgliedern einfach als das Dwenische „Arbeitsstundengeld“, dies „Bahngeld“, auf das Herr Dühring zu vornehm herabsieht, und das er dennoch selbst in seine Zukunftswirtschaft einführen muß. Ob die Karte, die das Maß der erfüllten Produktionspflicht, wie des damit erworbenen Konsumtionsrechts“ bezeichnet, ein Stück Papier, ein Rechenpfennig oder ein Goldstück ist, bleibt sich für diesen Zweck vollständig gleich. Für andre Zwecke aber durchaus nicht, wie sich zeigen wird.

Wenn das Metallgeld also schon im Verkehr der Wirtschaftskommune mit ihren Mitgliedern nicht als Geld fungirt, sondern als verkleidete Arbeitskarte, so kommt es noch weniger zu seiner Geldfunktion im Austausch zwischen den verschiedenen Wirtschaftskommunen. Hier ist, unter den Voraussetzungen des Herrn Dühring, das Metallgeld total überflüssig. In der That würde eine bloße Buchführung hinreichen, die den Austausch von Produkten gleicher Arbeit gegen Produkte gleicher Arbeit viel einfacher vollzieht, wenn sie mit dem natürlichen Maßstab der Arbeit — der Zeit, der Arbeitsstunde als Einheit — rechnet als wenn sie die Arbeitsstunden erst in Geld übersetzt. Der Austausch ist in Wirklichkeit reiner Naturalaustausch; alle Mehrforderungen sind leicht und einfach ausgleichbar durch Anweisungen auf andere Kommunen. Wenn aber eine Kommune wirklich gegenüber andern Kommunen ein Defizit haben sollte, so kann alles „im Universum vorhandene Gold“ und wenn es noch so sehr „von Natur Geld“ sein sollte, dieser Kommune das Schicksal nicht ersparen, dies Defizit durch vermehrte eigne Arbeit zu ersetzen, falls sie nicht in Schulabhängigkeit von andern Kommunen gerathen will. Uebrigens möge der Leser fortwährend im Gedächtniß halten, daß wir hier keineswegs Zukunftskonstruktion machen. Wir nehmen einfach die Voraussetzungen des Herrn Dühring an und ziehen nur die unvermeidlichen Folgerungen daraus.

Also weder im Austausch zwischen der Wirtschaftskommune und ihren Mitgliedern, noch in dem zwischen den verschiedenen Kommunen kann das Gold, das „von Natur Geld“ ist, dahin kommen, diese seine Natur zu verwirklichen. Trotdem schreibt ihm Herr Dühring vor, auch in der „Sozialität“ Geldfunktion zu vollziehen. Wir müssen uns also nach einem andern Spielraum für diese Geldfunktion umsehen. Und dieser Spielraum existirt. Herr Dühring befähigt zwar Jeden zur „quantitativ gleichen Konsumtion“, aber er kann Niemanden dazu zwingen. Im Gegentheil, er ist stolz darauf, daß in seiner Welt Jeder

mit seinem Gelde machen kann was er will. Er kann also nicht verhindern, daß die Einen sich einen kleinen Geldschatz zurücklegen, während die Andern mit dem ihnen gezahlten Lohn nicht auskommen. Er macht dies sogar unvermeidlich, indem er das Gemeineigentum der Familie im Erbrecht ausdrücklich anerkennt, wovon sich dann weiter die Verpflichtung der Eltern zur Erhaltung der Kinder ergibt. Damit aber bekommt die quantitativ gleiche Konsumtion einen gewaltigen Riß. Der Junge lebt herrlich und in Freuden von seinen acht oder zwölf Mark täglich, während der Wittwer mit acht unmündigen Kindern damit kümmerlich auskommt. Andererseits aber läßt die Kommune, indem sie Geld ohne Weiteres in Zahlung nimmt, die Möglichkeit offen, daß dies Geld anders als durch eigne Arbeit erworben sei. Non olet. Sie weiß nicht woher es kommt. Hiermit sind aber alle Bedingungen gegeben, um das Metallgeld, das bisher nur die Rolle einer Arbeitskarte spielte, in wirkliche Geldfunktion treten zu lassen. Es liegen vor die Gelegenheit und das Motiv, einerseits zur Schatzbildung, andererseits zur Verschuldung. Der Bedürftige borgt beim Schatzbildner. Das geborgte Geld, von der Kommune in Zahlung genommen für Lebensmittel, wird damit wieder, was es in der heutigen Gesellschaft ist, gesellschaftliche Infarnation der menschlichen Arbeit, wirkliches Maß der Arbeit, allgemeines Cirkulationsmittel. Alle „Gesetze und Verwaltungsnormen“ der Welt sind ebenso ohnmächtig dagegen, wie gegen das Einmaleins oder gegen die chemische Zusammenfügung des Wassers. Und da der Schatzbildner in der Lage ist, vom Bedürftigen Zinsen zu erzwängen, so ist mit dem als Geld fungirenden Metallgeld auch der Zinswucher wieder hergestellt.

Soweit haben wir nur die Wirkungen der Beibehaltung des Metallgeldes betrachtet innerhalb des Geltungsbereichs der Dühring'schen Wirtschaftskommune. Aber jenseits dieser Bereichs geht die übrige verworfene Welt einhüllen ihren alten Gang ruhig weiter. Gold und Silber bleiben, auf dem Weltmarkt, Weltgeld, allgemeines Kauf- und Zahlungsmittel, absolut gesellschaftliche Verkörperung des Reichthums. Und mit dieser Eigenschaft des edlen Metalls tritt vor die einzelnen Wirtschaftskommunen ein neues Motiv zur Schatzbildung, zur Bereicherung, zum Wucher, das Motiv, sich gegenüber der Kommune und jenseits ihrer Grenzen frei und unabhängig zu bewegen, und den aufgehäuften Einzelreichthum auf dem Weltmarkt zu verwerthen. Die Wucherer verwaniteln sich in Händler mit dem Cirkulationsmittel, in Banquiers, in Beherrscher des Cirkulationsmittels und des Weltgelds, damit in Beherrscher der Produktion, und damit in Beherrscher der Produktionsmittel, mögen diese auch noch Jahrelang dem Namen nach als Eigentum der Wirtschaftskommune oder Handelskommune figuriren. Damit aber sind die in Banquiers übergegangenen Schatzbildner und Wucherer auch die Herren der Wirtschaftskommune und Handelskommune selbst. Die „Sozialität“ des Herrn Dühring unterscheidet sich in der That sehr wesentlich von den „Rebellhaftigkeiten“ der übrigen Sozialisten. Sie hat weiter keinen Zweck als die Wiedererzeugung der hohen Finanz, unter deren Kontrolle und für deren Säckel sie sich tapfer abarbeiten wird — mag sie überhaupt zusammenkommt und zusammenhält. Die einzige Rettung für sie läge darin, daß die Schatzbildner vorzogen, vermittelt ihres Weltgelds eiligst aus der Kommune — davon zu laufen.

Bei der in Deutschland herrschenden ausgebreiteten Unbekanntheit mit dem älteren Sozialismus könnte nun ein unschulziger Jüngling die Frage aufwerfen, ob nicht auch z. B. die Dwenischen Arbeitsmarken zu einem ähnlichen Mißbrauch Anlaß geben könnten. Obwohl wir hier nicht die Bedeutung dieser Arbeitsmarken zu entwickeln haben, so mag doch, zur Vergleichung des Dühring'schen „umfassenden Schematismus“ mit den „rohen, matten und dürftigen Ideen“ Dwen's folgendes Play finden: Erstens wäre zu einem solchen Mißbrauch der Dwenischen Arbeitsmarken ihre Verwandlung in wirkliches Geld nötig, während Herr Dühring wirkliches Geld voraussetzt, ihm aber verbieten will, anders als bloße Arbeitsmarken zu fungiren. Während dort wirklicher Mißbrauch stattfände, setzt sich hier die immanente, vom menschlichen Willen unabhängige Natur des Geldes durch, setzt das Geld seinen ihm eigenthümlichen, richtigen Gebrauch durch gegenüber dem Mißbrauch, den Herr Dühring ihm aufzwingen will kraft seiner eignen Unwissenheit über die Natur des Geldes. Zweitens sind bei Dwen die Arbeitsmarken nur eine Uebergangsform zur vollständigen Gemeinschaft und freien Benützung der gesellschaftlichen Ressourcen, nebenbei höchstens noch ein Mittel, dem britischen Publikum den Kommunismus plausibel zu machen. Wenn also etwa ein Mißbrauch die Dwenische Gesellschaft zur Abschaffung der Arbeitsmarken zwingen sollte, so thät diese Gesellschaft einen Schritt weiter voran zu ihrem Ziel, und tritt in eine vollkommene Entwicklungstufe ein. Schafft dagegen die Dühring'sche Wirtschaftskommune das Geld ab, so vernichtet sie mit Einem Schlage ihre „menschheitsgeschichtliche Tragweite“, so beseitigt sie ihre eigenthümlichste Schönheit, hört auf Dühring'sche Wirtschaftskommune zu sein und sinkt herab zu den Rebellhaftigkeiten, aus denen sie herauszuheben Herr Dühring soviel saure Arbeit der rationalen Phantasie aufgewandt hat“.

Voraus entstehen nun alle die sonderbaren Irrungen und Wirrungen, in denen die Dühring'sche Wirtschaftskommune herumfährt? Einfach aus der Rebellhaftigkeit, die im Kopf des Herrn Dühring die Begriffe von Werth und Geld umhüllt, und die ihn schließlich dahin treibt, den Werth der Arbeit entdecken zu wollen. Da aber Herr Dühring keineswegs das Monopol solcher Rebellhaftigkeit für Deutschland besitzt, im Gegentheil zahlreiche Konkurrenten findet, so wollen wir „uns einen Augenblick überwinden, das Anäuel“ aufzulösen, das er hier angerichtet hat.

Der einzige Werth, den die Dekonomie kennt, ist der Werth von Waaren. Was sind Waaren? Produkte, erzeugt in einer Gesellschaft mehr oder weniger veretzelter Privatproduzenten, also zunächst Privatprodukte. Aber diese Privatprodukte werden erst Waaren, sobald sie nicht für den Selbstverbrauch, sondern für den Verbrauch durch Andern, also für den gesellschaftlichen Verbrauch durch den Austausch. Die Privatproduzenten sehen also in einem gesellschaftlichen Zusammenhang, bilden eine Gesellschaft. Ihre Produkte, obwohl Privatprodukte jedes Einzelnen, sind daher gleichzeitig, aber unabsichtlich und gleichsam widerwillig, auch gesellschaftliche Produkte. Worin besteht nun der

*) Beiläufig ist die Rolle, die die Arbeitsmarken in der Dwenischen kommunistischen Gesellschaft spielen, dem Herrn Dühring gänzlich unbekannt. Er kennt diese Marken — aus Exergant — nur, soweit sie in den, natürlich fehlgeschlagenen, Labour Exchange Bazzars figuriren, Versuchen vermittelt direkten Arbeitsaustausches aus der bestehenden in die kommunistische Gesellschaft überzuführen.

gesellschaftliche Charakter dieser Privatprodukte? Obenbar in zwei Eigenschaften: erstens darin, daß sie alle irgend ein menschliches Bedürfnis befriedigen, einen Gebrauchswert haben nicht nur für den Produzenten, sondern auch für Andre; und zweitens darin, daß sie, obwohl Produkte der verschiedensten Privatarbeiten, gleichzeitig Produkte menschlicher Arbeit schlechthin, allgemein menschlicher Arbeit sind. Insofern sie auch für Andre einen Gebrauchswert haben, können sie überhaupt in den Austausch treten; insofern in ihnen allen allgemein menschliche Arbeit, einfache Anwendung menschlicher Arbeitskraft steckt, können sie nach der, in einer jeden stehenden Menge dieser Arbeit mit einander im Austausch verglichen, gleich oder ungleich gesetzt werden. In zwei gleichen Privatprodukten kann, unter gleichbleibenden gesellschaftlichen Verhältnissen, ungleich viel Privatarbeit stecken, aber immer nur gleich viel allgemein menschliche Arbeit. Ein ungeschickter Schmied kann in derselben Zeit fünf Nuten machen, in denen ein geschickter zehn macht. Aber die Gesellschaft verwerthet nicht das zufällige Ungleichmaß des Eines, sie erkennt als allgemein menschliche Arbeit nur Arbeit von jedesmal normalem Durchschnittsgelände an. Eins der fünf Nuten des Ersten hat im Austausch also nicht mehr Werth als eins der in gleicher Arbeitszeit geschmiedeten zehn des Andern. Nur insofern sie gesellschaftlich notwendig, enthält die Privatarbeit allgemein menschliche Arbeit.

Indem ich also sage, eine Waare hat diesen bestimmten Werth, sage ich 1) daß sie ein gesellschaftlich nützliches Produkt ist; 2) daß sie von einer Privatperson für Privatrechnung produziert ist; 3) daß sie, obwohl Produkt von Privatarbeit, dennoch gleichzeitig und gleichsam ohne es zu wissen oder zu wollen, auch Produkt von gesellschaftlicher Arbeit ist, und zwar von einer bestimmten, auf einem gesellschaftlichen Wege, durch den Austausch, festgestellten Menge derselben; 4) brüde ich diese Menge nicht aus in Arbeit selbst, in so und so viel Arbeitsstunden, sondern in einer andern Waare. Wenn ich also sage, diese Uhr ist so viel werth wie dies Stück Tuch und jedes von beiden ist fünfzig Mark werth, so sage ich: in der Uhr, dem Tuch und dem Gold steckt gleich viel gesellschaftliche Arbeit. Ich konstatire also, daß die in ihnen repräsentirte gesellschaftliche Arbeitszeit gesellschaftlich gemessen und gleich gefunden worden ist. Aber nicht direkt, absolut, wie man sonst Arbeitszeit misst, in Arbeitsstunden oder Tagen u. s. w., sondern auf einem Umweg, vermittelt des Austausches, relativ. Ich kann daher auch dieses festgestellte Quantum Arbeitszeit nicht Arbeitsstunden ausdrücken, deren Zahl mir unbekannt bleibt, sondern ebenfalls nur auf einem Umweg, relativ, in einer andern Waare, die das gleiche Quantum gesellschaftlicher Arbeitszeit vorstellt. Die Uhr ist so viel werth wie das Stück Tuch.

Indem aber Waarenproduktion und Waarenaustausch die auf ihnen beruhende Gesellschaft zu diesem Umweg zwingen, zwingen sie ebenso zu seiner möglichsten Verfertigung. Sie sondern aus dem gemeinen Waarenvorrath eine fürstliche Waare aus, in der der Werth aller andern Waaren ein für alle Mal ausdrückbar ist, eine Waare, die als unmittelbare Intarnation der gesellschaftlichen Arbeit gilt und daher gegen alle Waaren unmittelbar und unbedingt austauschbar wird — das Geld. Das Geld ist im Werthbegriff bereits im Reim enthalten, es ist nur der entwickelte Werth. Aber indem der Waarenwerth sich, gegenüber den Waaren selbst, verethändigelt im Geld, tritt ein neuer Faktor ein in die Waaren produzierende und austauschende Gesellschaft, ein Faktor mit neuen gesellschaftlichen Funktionen und Wirkungen. Wir haben dies vor der Hand nur festzustellen, ohne näher darauf einzugehen.

Die Oekonomie der Waarenproduktion ist keineswegs die einzige Wissenschaft, die mit nur relativ bekannten Faktoren zu rechnen hat. Auch in der Physik wissen wir nicht, wie viel einzelne Gas-Moleküle in einem gegebenen Gasvolum, Druck und Temperatur ebenfalls gegeben, vorhanden sind. Aber wir wissen daß, soweit das Boyle'sche Gesetz richtig, ein solches gegebenes Volumen irgend welches Gases ebensoviel Moleküle enthält, wie ein gleiches Volumen eines beliebigen andern Gases bei gleichem Druck und gleicher Temperatur. Wir können daher die verschiedensten Volums der verschiedensten Gase, unter den verschiedensten Druck- und Temperaturbedingungen, auf ihren Molekulargehalt vergleichen; und wenn wir 1 Liter Gas bei 0° C. und 760 mm. Druck als Einheit annehmen, an dieser Einheit jeden Molekulargehalt messen. — In der Chemie sind uns die absoluten Atomgewichte der einzelnen Elemente ebenfalls unbekannt. Aber wir kennen sie relativ, indem wir ihre gegenseitigen Verhältnisse kennen. Wie also die Waarenproduktion und ihre Oekonomie für die in den einzelnen Waaren stehenden, ihr unbekanntes Arbeitsquantum einen relativen Ausdruck erhält, indem sie diese Waaren auf ihren relativen Arbeitsgehalt vergleicht, so verschafft sich die Chemie einen relativen Ausdruck für die Größe der unbekannteten Atomgewichte, indem sie die einzelnen Elemente auf ihr Atomgewicht vergleicht, das Atomgewicht des Sauerstoffs in Vielfachen oder Bruchtheilen des Andern (Schwefel, Sauerstoff, Wasserstoff) ausdrückt. Und wie die Waarenproduktion das Geld zur absoluten Waare, zum allgemeinen Äquivalent der übrigen Waaren, zum Maß aller Werthe erhebt, so erhebt die Chemie den Wasserstoff zur chemischen Geldwaare, indem sie sein Atomgewicht = 1 setzt und die Atomgewichte aller übrigen Elemente auf Wasserstoff reduziert, in Vielfachen seines Atomgewichts ausdrückt.

Die Waarenproduktion ist indeß keineswegs die ausschließliche Form der gesellschaftlichen Produktion. In den altsindischen Gemeinwesen, in der südasiatischen Familiengemeinde verwandelt sich die Produktion nicht in Waaren. Die Mitglieder der Gemeinde sind unmittelbar zur Produktion vergesellschaftet, die Arbeit wird nach Herkunft und Bedürfnis vertheilt, die Produkte, soweit sie zur Konsumtion kommen, ebenfalls. Die unmittelbar gesellschaftliche Produktion wie die direkte Vertheilung schließen allen Waarenaustausch aus, also auch die Verwandlung der Produkte in Waaren (wenigstens innerhalb der Gemeinde), und damit auch ihre Verwandlung in Werthe.

Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines Jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vorn herein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt stehende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wie viel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem gewöhnlichen Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquantum, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Nothbehelf unvernünftigen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der Zeit. Ebensovienig wie es der Chemie einfallen würde, die Atomgewichte auch dann auf dem Umwege des Wasserstoffatoms relativ auszudrücken, sobald sie im Stande wäre sie absolut, in ihrem adäquaten Maß auszudrücken, nämlich in wirklichem Gewicht, in Billiontheil oder Quadrilliontheil Gramm. Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werthe zu. Sie wird die einfache Thatsache, daß die 100 Quadratmeter Tuch meinethen 1000 Arbeitsstunden zu ihrer Produktion erfordert haben, nicht in der schielenden und sinnlosen

Weise ausdrücken, sie seien 1000 Arbeitsstunden werth. Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wie viel Arbeit jeder Gegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Bedürfnisse der verschiedenen Gegenstände, abgewogen unter einander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen Alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten „Werths“.

Der Werthbegriff ist der allgemeinste und daher umfassendste Ausdruck der ökonomischen Bedingungen der Waarenproduktion. Im Werthbegriff ist daher der Reim enthalten, nicht nur des Geldes, sondern auch aller weiter entwickelten Formen der Waarenproduktion und des Waarenaustausches. Darin, daß der Werth der Ausdruck der in den Privatprodukten enthaltenen gesellschaftlichen Arbeit ist, liegt schon die Möglichkeit der Differenz zwischen dieser und der im selben Produkt enthaltenen Privatarbeit. Produziert also ein Privatproduzent nach alter Weise weiter, während die gesellschaftliche Produktionsweise fortschreitet, so wird ihm diese Differenz empfindlich fühlbar. Dasselbe geschieht, sobald die Gesamtheit der Privatfertiger einer bestimmten Waarengattung ein den gesellschaftlichen Bedarf überschneidendes Quantum davon produziert. Darin, daß der Werth einer Waare nur in einer andern Waare ausgedrückt, und nur im Austausch gegen sie realisiert werden kann, liegt die Möglichkeit, daß der Austausch überhaupt nicht zu Stande kommt, oder doch nicht den richtigen Werth realisiert. Endlich, tritt die spezifische Waare Arbeitskraft auf den Markt, so bestimmt sich ihr Werth wie der jeder andern Waare, nach der zu ihrer Produktion gesellschaftlich nötigen Arbeitszeit. In der Werthform der Produkte steckt daher bereits im Reim die ganze kapitalistische Produktionsform, der Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern, die industrielle Reservearmee, die Krisen. Die kapitalistische Produktionsform abschaffen wollen durch die Herstellung des „wahren Werths“, heißt daher den Kapitalismus abschaffen wollen durch Herstellung des „wahren“ Papstes, oder einer Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eignes Produkt ist.

Hat die Waaren produzierende Gesellschaft die den Waaren, als solchen, inhärente Werthform weiter entwickelt zur Geldform, so brechen bereits verschiedene der im Werth noch verborgenen Keime an den Tag. Die nächste und wesentlichste Wirkung ist die Verallgemeinerung der Waarenform. Auch den bisher für direkten Selbstverbrauch produzierten Gegenständen zwingt das Geld Waarenform auf, reißt sie in den Austausch. Damit dringt die Waarenform und das Geld ein in den inneren Haushalt der zur Produktion unmitttelbar vergesellschafteten Gemeinwesen, bricht ein Band der Gemeinschaft nach dem Andern, und löst das Gemeinwesen auf in einen Haufen von Privatproduzenten. Das Geld setzt zuerst, wie in Indien zu sehen, an die Stelle der gemeinsamen Bodenbearbeitung die Einzelkultur; später löst es das noch in zeitweilig wiederholter Umtheilung zu Tage tretende gemeinsame Eigentum am Ackerland auf durch endgültige Auftheilung (z. B. in den Gehörfürstentümern an der Mosel, beginnend auch in der russischen Gemeinde); endlich drängt es zur Vertheilung des noch übrigen gemeinsamen Wald- und Weidbesitzes. Welche andern, in der Entwicklung der Produktion begründeten Ursachen auch hier mit arbeiten, das Geld bleibt immer das mächtigste Mittel ihrer Einwirkung auf die Gemeinwesen. Und mit derselben Naturnothwendigkeit mußte das Geld, allen Gesetzen und Verwaltungsnormen zum Trotz, die Dühring'sche Wirtschaftskommune auflösen, läme sie je zu Stande.

Wir haben bereits oben (Oekonomie, VI) gesehen, daß es ein Widerspruch in sich selbst ist, von einem Werth der Arbeit zu sprechen. Da Arbeit unter gewissen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht nur Produkte erzeugt, sondern auch Werth, und dieser Werth durch die Arbeit gemessen wird, so kann sie ebensowenig einen besondern Werth haben, wie die Sämerei als solche ein besondres Gewicht oder die Wärme eine besondere Temperatur. Es ist aber die charakteristische Eigenschaft aller über den „wahren Werth“ gräbelnden Sozialkonfusion, sich einzubilden, der Arbeiter erhalte in der heutigen Gesellschaft nicht den vollen „Werth“ seiner Arbeit, und der Sozialismus sei berufen, dem abzuhelfen. Dazu gehört dann zunächst, auszufinden, was der Werth der Arbeit ist; und diesen findet man, indem man versucht, die Arbeit nicht an ihrem adäquaten Maß, der Zeit, zu messen, sondern an ihrem Produkt. Der Arbeiter soll den „vollen Arbeitsvertrag“ erhalten. Nicht nur Arbeitsprodukt, sondern Arbeit selbst soll unmittelbar austauschbar sein gegen Produkt, eine Arbeitsstunde gegen das Produkt einer andern Arbeitsstunde. Dies hat aber sofort einen sehr bedenklichen Daten. Das ganze Produkt wird vertheilt. Die wichtigste progressive Funktion der Gesellschaft, die Akkumulation, wird der Gesellschaft entzogen und in die Hände und die Willkür der Einzelnen gelegt. Die Einzelnen mügen mit ihrem „Erträgen“ machen was sie wollen, die Gesellschaft bleibt im besten Fall so reich oder so arm wie sie war. Man hat also die in der Vergangenheit akkumulirten Produktionsmittel nur deshalb in den Händen der Gesellschaft centralisirt, damit alle in Zukunft akkumulirten Produktionsmittel wieder in den Händen der Einzelnen zerstückelt werden. Man schlägt seinen eignen Voraussetzungen ins Gesicht, man ist angekommen bei einer puren Absurdität.

Flüssige Arbeit, thätige Arbeitskraft soll ausgetauscht werden gegen Arbeitsprodukt. Dann ist sie Waare, ebenso wie das Produkt, wogegen sie ausgetauscht werden soll. Dann wird der Werth dieser Arbeitskraft bestimmt keineswegs nach ihrem Produkt, sondern nach der in ihr verkörperten gesellschaftlichen Arbeit, also nach dem heutigen Gesetze des Arbeitslohns.

Aber das soll ja gerade nicht sein. Die flüssige Arbeit, die Arbeitskraft soll austauschbar sein gegen ihr volles Produkt. Das heißt, sie soll austauschbar sein nicht gegen ihren Werth, sondern gegen ihren Gebrauchswert; das Werthgesetz soll für alle andern Waaren gelten, aber es soll aufgehoben sein für die Arbeitskraft. Und diese sich selbst aufhebende Konfusion ist es, die sich hinter dem „Werth der Arbeit“ verbirgt.

Der „Austausch von Arbeit gegen Arbeit nach dem Grundgesetz der gleichen Schätzung“, soweit er einen Sinn hat, also die Austauschbarkeit von Produkten gleicher gesellschaftlicher Arbeit gegen einander, also das Werthgesetz, ist das Grundgesetz grade der Waarenproduktion, also auch der höchsten Form derselben, der kapitalistischen Produktion. Es setzt sich in der heutigen Gesellschaft durch in derselben Weise, in der allein ökonomische Gesetze in einer Gesellschaft von Privatproduzenten sich durchsetzen können: als in den Dingen und Verhältnissen liegendes, vom Willen oder Launen der Produzenten unabhängiges, blind wirkendes Naturgesetz. Indem Herr Dühring dies Gesetz zum Grundgesetz seiner Wirtschaftskommune erhebt, und verlangt, daß diese es mit

vollem Bewußtsein durchzuführen soll, acht er das Grundgesetz der bestehenden Gesellschaft zum Grundgesetz seiner Phantastengesellschaft. Er will die bestehende Gesellschaft, aber ohne ihre Mängel. Er bewegt sich dabei ganz auf dem demselben Boden wie Proudhon. Wie dieser, will er die Mängel, die aus der Entwicklung der Waarenproduktion zur kapitalistischen Produktion entstanden sind, beseitigen, indem er ihnen gegenüber das Grundgesetz der Waarenproduktion geltend macht, dessen Verthätigung grade diese Mängel erzeugt hat. Wie Proudhon, will er die wirklichen Konsequenzen des Werthgesetzes aufheben durch phantastische.

Wie stolz er aber auch hinausreite, unser moderner Don Quixote, auf seiner edlen Kognante, dem „universellen Prinzip der Gerechtigkeit“, und gefolgt von seinem wadern Sancho Panza Abraham Guß, auf der irrenden Ritterfahrt zur Eroberung des Helms des Mambrin, des „Werths der Arbeit“ — wir fürchten, wir fürchten, er bringt nichts heim, als das alte bekannte Barbierbeden.

Der Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit in Preußen.

(Statistisches über die Auswanderung.)
Unter der Herrschaft der Freizügigkeit entziehen sich die Veränderungen, welche die thätigliche Bevölkerung durch Zu- und Abzug erleidet, zum größeren Theil der öffentlichen Kenntniss und nur eine Richtung der Wanderung, die überseeische, bleibt noch verhältnismäßig leicht und sicher zu verfolgen, da sie meist an einer geringeren Zahl von Einwohnern anknüpft sich anknüpft. Anders steht es mit dem Wechsel der rechtlichen, d. i. der staatsangehörigen Bevölkerung; denn diejenigen Akte, die, abgesehen von den Geburten und Sterbefällen, den Erwerb oder Verlust des Staatsbürgerrechts begründen, erfordern vielfach die Mitwirkung der Behörde und sind daher in Zahl und Wirkung fortlaufend zu bestimmen. Es geschieht dies auch in allen Staaten des Deutschen Reichs und insbesondere mit der größten Ausführlichkeit in Preußen; hier haben nach den vorliegenden Aufzeichnungen die Staatsangehörigkeit

	verloren
1872	2,713
1873	4,668
1874	7,858
1875	13,648
1876	6,070
1877	4,513

vor den Jahren 1872 bis 1875 hat jedes folgende, wie ein Ueberblick über die erste dieser Reichen zeigt, der rechtlichen Bevölkerung stärkeren Zuwachs gebracht als das vorhergehende; einen besonders ansehnlichen Umfang erreichte, derselbe aber 1875, und zwar dadurch, daß eine größere Zahl von Niederländern, die schon seit längerer Zeit in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Aachen Wohnung genommen hatten, damals zum Eintritt in den preussischen Unterthanenverband sich veranlaßt sah. Die Ursache war also ein zufälliger Umstand ohne allgemeine oder nachhaltige Wirkung, und daher sind dann in den folgenden Jahren wieder weniger Personen gewesen, welche die Staatsangehörigkeit erwarben. Es waren 1877 ihrer ungefähr eben so viel wie 1873. Aber der Zugang von absolut gleicher Größe hatte in beiden Jahren eine sehr ungleiche Bedeutung; 1873 fiel von einer ziemlich lebhaften Bewegung innerhalb der rechtlichen Bevölkerung auf seine Seite ein erhebliches Heineres Theil als 1877, bei einem sehr geringen Wechsel in der staatsangehörigen Bevölkerung und von den Verlusten, welche diese zu verzeichnen hatte, gleich der Zugang 1873 nur 9,6, 1877 aber 24,4 pCt. aus.

Dabei war das Verhältniß zwischen Zugang und Abgang 1877 noch etwas weniger günstig als in den drei vorhergehenden Jahren, die allerdings eine größere Verlustziffer aufweisen; diese ist von 1872 bis 1877 ununterbrochen, und zwar von 100 auf 28,5 gefallen. Noch erheblicher erscheint der Rückgang, wenn bei der Berechnung diejenigen ausgeschlossen werden, welche heimlich und ohne Entlassungsurkunde auswandernde Militärpersonen verzeichnet sind. Das darf mit gutem Grunde geschehen; denn es findet sich darunter eine große Menge von Personen, bei denen nicht sowohl der Verlust der Staatsangehörigkeit als dessen Feststellung in das angegebene Jahr fällt. Die Aushebungslisten führen nicht selten Namen auf, deren Träger bereits in früheren Jahren mit ihren Familien ausgewandert oder nach anderen Gegenden gezogen, ja, selbst in den ersten Lebensjahren verstorben sind; fehlen dieselben dann bei der Musterung, so werden sie mit anderen als heimlich ausgewanderte Militärpersonen den aus dem Unterthanenverbände Ausgeschiedenen zugezählt. Hieraus erklärt sich ein guter Theil, warum die dritte Reihe der obigen Uebersicht solch hohe Zahlen aufweist; werden dieselben in Abzug gebracht, so ergibt sich für das Jahr 1872 ein Verlust der staatsangehörigen Bevölkerung von 54,215, für 1877 aber nur von 10,699 Personen und damit ein Rückgang von 100 auf 19,7.

So wenig der Austritt aus dem Unterthanenverbände gleichbedeutend ist mit der Auswanderung, eben so wenig läßt sich auf der anderen Seite verkennen, daß in der geschilderten Bewegung der rechtlichen Bevölkerung die der thätiglichen sich widerspiegelt. Zwar fehlen über die letztere erschöpfende Nachrichten; aber die vorhandenen genügen, um die Uebereinstimmung darzulegen. Es geht daraus hervor, daß über die vier Häfen Bremen, Hamburg, Stettin und Antwerpen auswandernden aus dem Deutschen Reichs davon aus Preußen

	aus dem Deutschen Reichs	davon aus Preußen
1874	45,112	29,494
1875	30,773	21,113
1876	28,368	20,765
1877	21,964	14,666

Aus dieser Uebersicht ergibt sich für die Jahre 1874 bis 1877 ein Rückgang der (überseeischen) preussischen Auswanderung von 100 auf 49,7, während gleichzeitig der jährliche Verlust der staatsangehörigen Bevölkerung von 100 auf 67 und nach Abzug der entweichenden Militärpersonen von 100 auf 59,4 herabging. Diese Verschiedenheit darf eben so wenig auffallen wie das Verhältniß der jetzt angeführten, zu den früher mitgetheilten Zahlen. Es handelt sich eben in beiden Fällen nicht um dasselbe, sondern nur um Dinge, die von gleichen Einwirkungen abhängen, und dann schildern die zuletzt zusammengestellten Zahlen auch bloß eine bestimmte Richtung der Auswanderung. Von denen, die sich in den vier genannten Häfen einschiffen, suchen rund 90 pCt. in den Vereinigten Staaten von Amerika eine neue Heimat, verfolgen also ein Reiseziel, das neuerdings in besonders hohem Grade an Anziehungskraft verloren hat.

Wir sehen aber aus obigen statistischen Nachrichten, daß im Allgemeinen der Abgang an guten Menschenmaterial den Zugang in Preußen übersteigt hat und noch übersteigt. Grund: Militarismus. Wenn in Nordamerika Handel und Gewerbe wieder blühen, dann treibt der Militarismus noch mehr tüchtige junge Leute aus Preußen-Deutschland.

*) Daß obige Abwägung von Ruhefrist und Arbeitsaufwand bei der Entscheidung über die Produktion Alles ist, was in einer kommunikativen Gesellschaft vom Werthbegriff der politischen Oekonomie übrig bleibt, habe ich schon 1844 ausgesprochen. (Deutsch-franz. Jahrbücher S. 95.) Die wissenschaftliche Begründung dieses Gesetzes ist aber, wie man sieht, erst durch Marx' „Kapital“ möglich geworden.